

Arbeiten aus dem
**OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN**

Working Papers

Nr. 193

Juli 1996

**Die Krim zwischen der Ukraine und Rußland -
Politische und wirtschaftliche Bestandsaufnahme**

JÜRGEN DRZYMALLA



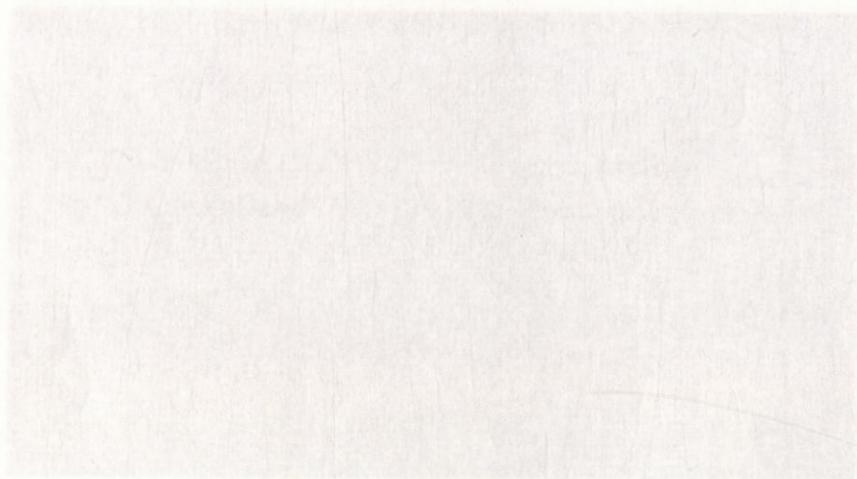
OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

81679 München · Scheinerstraße 11
Telefon 99 83 96-0, Fax 9 81 01 10

Arbeiten aus dem

Osteuropa-Institut München

Working Papers



Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist auf der Grundlage mehrerer Berichte entstanden, die der Autor während seines Aufenthalts auf der Krim als Mitglied der OSZE Mission Ukraine vom Juli 1995 bis Februar 1996 verfaßt hat. Sie wurden überarbeitet, aktualisiert und ergänzt. Der Bericht stellt daher keine systematische Analyse dar, sondern zeigt die verschiedenen Entwicklungen bei den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Problemen auf der Krim und im Verhältnis zur gesamten Ukraine auf.

Angesichts der wenigen Informationen, die über die Krim und die dortigen Verhältnisse vorliegen, erschien es uns sinnvoll, diese Arbeit zu veröffentlichen, da sie einen guten Einblick in die neuere Entwicklung sowohl in die Politik als auch die Wirtschaft der Krim gewährt. Es ist ein Anliegen des Autors und des Osteuropa-Instituts, die Beziehungen mit der Ukraine zu fördern und die dortige wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Daher sind auch konkrete wirtschaftliche Projekte auf der Krim und Kooperationswünsche verschiedener Firmen aufgenommen. Die angegebenen Adressen und Telefonnummern sollen die Aufnahme von Kontakten zu den Partnern auf der Krim erleichtern.

München im Juni 1996

H. Clement

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Einleitung.....	7
1. Die politische Lage auf der Krim	8
a) Vorbemerkung	8
b) Die wichtigsten politischen Akteure der Krim.....	9
c) Krimverfassung	12
d) Nationalitätenfrage	15
e) Sevastopol	18
f) Aufteilung der Schwarzmeerflotte zwischen Rußland und der Ukraine	19
2. Wirtschaftliche Lage	20
a) Basisindikatoren der aktuellen Entwicklung	20
b) Das Wirtschaftspotential der Krim	23
c) Das Wirtschaftspotential Sevastopols und Projekte der Stadtregierung.....	24
d) Hemmfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und Sevastopols	26
e) Der Verlauf der Privatisierung	30
f) Die Experimentelle Wirtschaftszone SIVAŠ.....	32
g) Das Steuerexperiment in Sudak und Bachčisaraj.....	35
h) Internationale Hilfsprojekte	36
i) Einzelne Unternehmen und Projektvorschläge	37
3. Ausblick.....	40
Quellen	41

Einleitung

Die Halbinsel Krim liegt im Süden der Ukraine. Westlich und südlich ist sie vom Schwarzen Meer, nordöstlich vom Asowschen Meer umgeben. Mit dem ukrainischen Festland ist sie im Norden über eine schmale Landbrücke verbunden. Gleichzeitig liegt sie auch in Sichtweite Rußlands. Die Entfernung an der Meerenge von Kerč beträgt lediglich 4 km; die Überfahrt mit dem Schiff dauert kaum 15 Min.

Gleichzeitig ist die Krim auch traditionell nach Süden ausgerichtet. Zur Türkei, die auf der südlichen Seite des Schwarzen Meeres etwa 300 km Luftlinie entfernt liegt, bestehen bereits wieder tägliche Flugverbindungen mit einer Flugzeit von etwa einer Stunde, gleichzeitig sind regelmäßige Schiffs-passagen vorhanden, wodurch engere Verbindungen entstehen.

Auf einer Gesamtfläche von etwa 27.000 qkm leben 2,7 Mio Einwohner, die verschiedenen Nationalitäten angehören. Mit etwa 70% dominiert die russische Bevölkerung. Ein Fünftel der Einwohner sind Ukrainer, den Rest stellen vor allem die in letzter Zeit wieder zurücksiedelnden Krimtataren. Sie waren nach dem zweiten Weltkrieg von Stalin deportiert worden.

Naturgeographisch ist die Krim vielgestaltig. Steppenlandschaften mit Weizen-, Sonnenblumen-, Gemüse- und Futtermittelanbau prägen den Norden. Das weite Flachland mit seinen ausgedehnten Wäldern und Weiden steigt im Süden zu den Randgebirgen an, die im Südwesten eine maximale Höhe von 1.500 Metern erreichen und dort steil zu den schmalen Küstenstreifen abfallen.

Bis 1954 gehörte die Krim zur Russischen Föderation (RSFSR). Auf Initiative des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, Nikita Chruščev, wurde sie dann der Ukraine eingegliedert. Daran hat sich nach Auflösung der Sowjetunion und nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine Ende 1991 nichts geändert. Innerhalb der Ukraine genießt die Krim den Sonderstatus einer Autonomen Republik.

Die im Südwesten der Halbinsel gelegene Stadt Sevastopol, der bisher wichtigste Standort der sowjetisch/russischen und auch der neuen ukrainischen Schwarzmeerflotte, besitzt ebenfalls einen Sonderstatus. Die Stadt untersteht direkt der ukrainischen Regierung, wird also nicht durch die Autonome Krim verwaltet. Lange Zeit war sie eine gesperrte Stadt und von der restlichen Krim teilweise isoliert. Im Dezember 1995 wurde sie nun für alle ukrainischen Staatsbürger geöffnet; Ausländer haben jetzt freien Zutritt.

1. Die politische Lage auf der Krim

a) Vorbemerkung

Die politische Situation auf der Krim ist äußerst komplex und facettenreich.¹ Neben komplizierten innenpolitischen Faktoren, Strömungen und Interessen wirkt auch der Einfluß und die Interessenlage dritter Staaten, insbesondere Rußlands und der Türkei, stark auf die politische Situation und das Verhältnis zur Gesamtukraine ein.

Die derzeitige russische Regierung akzeptiert offiziell die territoriale Integrität der Ukraine bei voller Autonomie der Krim. Nicht ganz so klar ist die Stellung der russischen Duma, wenn sie sich offiziell auch an die internationalen Spielregeln zu halten hat. Besonders aufmerksam verfolgt die russische Regierung und die Staatsduma die Gestaltung und Veränderung der Rechte der russischen Bevölkerung auf der Krim. Es bestehen auch zahlreiche Kontakte der Staatsduma zum Obersten Sowjet der Krim (im folgenden Krimparlament). Überlagert wird das Problem zudem von der Frage der Aufteilung und insbesondere der Stationierung der ehemals sowjetischen Schwarzmeerflotte und der Stellung Sevastopols für die beiden neuen nationalen Flotten.

Die Bedeutung der Türkei zeigt sich bereits im Straßenbild, das von türkischen Konsumgütern geprägt wird. Türkische Geschäftsleute sind häufig auf den Straßenmärkten und in Hotels zu finden. Politisch engagiert sich die türkische Regierung mit großem Nachdruck für die Krimtataren. Die kürzlich fertiggestellte Moschee in Simferopol wurde vor allem mit Geldern aus der Türkei finanziert. Der religiöse Leiter der Moschee ist türkischer Staatsbürger.

Die innenpolitische Entwicklung auf der Krim verlief seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vor fünf Jahren sehr konfliktgeladen.² Zum einen gab es offene separatistische Tendenzen, die eine Loslösung der Krim von der Ukraine und den Anschluß an Rußland anstrebten. Exponenten dieser Tendenzen waren zuletzt der ehemalige Präsidenten der Krim, Jurij Meškov, und der frühere Parlamentssprecher, Sergej Čekov. Beide sind nicht mehr im Amt. Parallel dazu wurde ein Verfassungsstreit zwischen der ukrainischen Zentralregierung und dem Zentralparlament sowie dem Krimparlament

¹ Zu den Konfliktpotentialen siehe auch Roland Götz, Uwe Halbach (1993), ferner Frank Umbach, Heinz Timmermann (1994) sowie Frank Umbach (1994).

² Einen Überblick über diese Zeit aus Sicht eines Spitzenpolitikers der Krim gibt Nikolaj Bagrov (1995). Bagrov war der letzte Gebietssekretär der Kommunistischen Partei auf der Krim und der erste Sprecher des neuen Obersten Sowjets der Krim.

ment über den Status der Krim geführt, der erst mit Verabschiedung der Krimverfassung und der Umsetzung der kürzlich in Kraft gesetzten neuen Ukrainischen Verfassung geklärt sein wird. Das Amt des Präsidenten der Krim wurde vom ukrainischen Parlament (der Verchovna Rada) im März 1995 abgeschafft, da es gegen die ukrainische Zentralverfassung verstoße.

Gleichzeitig vollzog sich ein nahezu permanenter Machtkampf mit Verfassungs- und Regierungskrisen zwischen der Regierung und dem Parlament der Krim, die jeweils zu einer Lähmung des politischen Lebens führten und sich auf die Reformen und die Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft äußerst negativ auswirkten.

Insbesondere der Verfassungskonflikt und die separatistischen Tendenzen führten dazu, daß die Ukraine bereit war, internationale Beratung für diese Probleme - die sie generell als interne Angelegenheit betrachtet - zu akzeptieren. Daraufhin wurde im November 1994 eine OSZE Mission eingerichtet. Diese besteht aus sechs Diplomaten, sie hat ihren Hauptsitz in Kiew und ein Zweibüro in Simferopol. Es ist nicht sicher, daß diese nach Verabschiedung der Verfassungen weiter bestehen wird, obwohl die Konflikte sicher noch nicht voll gelöst sein werden.

Seit ihrer verstärkten Einwanderung Anfang der neunziger Jahre sind auch Konflikte der Krimtataren insbesondere mit den lokalen Behörden der Krim nicht ausgeblieben. Ausschreitungen zwischen tatarischen und russischen Gruppen konnten nicht gänzlich verhindert werden. Auslöser der Konflikte sind insbesondere die soziale Stellung, Siedlungsfragen und die politische Repräsentanz der Krimtataren.

Im folgenden sollen einige spezielle Sachverhalte behandelt werden, die für das Verständnis der politischen Situation auf der Krim von Bedeutung sind.

b) Die wichtigsten politischen Akteure der Krim

Die wichtigsten politischen Entscheidungszentren auf der Krim sind:

- das **Krimparlament** (der Oberste Sowjet der Krim),
- die **Krimregierung**,
- der **Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim** sowie
- die **Medžillis**, das Selbstverwaltungsorgan der Krimtataren.

Die **Krimregierung** wird seit Ende Februar 1996 von Ministerpräsident Arkadij Demidenko, einem habilitierten Wirtschaftswissenschaftler aus der

Kiewer Region, geleitet. Er gilt als politisch gemäßigt, sachlich kompetent und als Mann des Dialoges. Demidenko ersetzte den auf der Krim unpopulären Anatolij Frančuk, der im Dezember 1995 zum zweiten Mal durch ein Mißtrauensvotum des Krimparlaments gestürzt wurde.³ Frančuk war nach dem Sturz Meškova Anfang April 1995 von Präsident Kučma wieder eingesetzt worden, nachdem er sein Amt, das er seit Oktober 1994 durch die Wahl des Krimparlaments inne hatte, nach einem Mißtrauensvotum dieses Parlaments im März 1995 verloren hatte. Unmittelbarer Anlaß für den erneuten Sturz war die Weigerung Frančuks, die Frist für einen Rechenschaftsbericht gegenüber dem Parlament einzuhalten. Frančuk galt als "Mann Kiews", was durch die familiären Bindungen zu Kučma (sein Sohn ist mit Kučmas Tochter verheiratet) verstärkt wurde.

Trotzdem wurden Frančuk und sein Sohn bei Nachwahlen im Dezember 1995 in die Verchovna Rada gewählt, was zeigt, wie kompliziert die politischen Verhältnisse auf der Krim liegen.

Dies kam auch in der Wahl Demidenkos zum Nachfolger Frančuks zum Ausdruck. Sie zog sich über zwei Monate hin, einerseits, weil sich das Krimparlament lange nicht auf einen Nachfolger einigen konnte, andererseits, weil der Kandidat vom ukrainischen Präsidenten bestätigt werden mußte. Auch war zunächst nicht klar, ob Kiew die Abwahl Frančuks akzeptieren würde. Dies war erneut eine Zeit, in der das politische Leben auf der Krim weitgehend lahmgelegt wurde, was insbesondere für die Wirtschaft jeweils äußerst negative Folgen hat.

Auch die Leitung des **Krimparlaments** war Veränderungen unterworfen. Im Juli 1995 löste Evgenij Supruniuk den rußlandorientierten Sergej Čekov ab. Supruniuk hat eine Ausbildung als Ingenieur sowie als Jurist und leitete vor seiner Ernennung die Feuerwehr in Simferopol. Er wird wie Demidenko als politisch gemäßigt eingeschätzt und gilt als Mann des Dialoges. Ähnliches gilt für seine Stellvertreter Jurij Podkopaev, Anušavan Daneljan und Refat Čubarov. Mit dieser Besetzung scheint der Dialog zwischen den Parlamenten der Krim und der Ukraine rationaler führbar zu sein als dies zuweilen in der Vergangenheit der Fall war.

Das Krimparlament besteht aus 98 Abgeordneten, davon 11 aus Sevastopol mit vollem Stimmrecht.

Derzeit stellt sich das politische Kräfteverhältnis wie folgt dar:

Sozidanie 23 Sitze. Dieser politisch gemäßigten Fraktion sind Supruniuk und Daneljan zuzurechnen. Nach der Verfassung mußten sie als Sprecher bzw.

³ Eine kurze Biographie Frančuks und anderer Spitzenpolitiker der Krim findet sich in Švec, Sinica (1995).

Stellvertretende Sprecher des Parlaments allerdings aus der Fraktion austreten. Daneljan ist gleichzeitig Vertreter der Armenier im Parlament.

Tatarische Kurultaj-Fraktion 13 Sitze. Die Quote für die Vertreter der Tataren liegt eigentlich bei 14. Auch Čubarov - Mitglied dieser Fraktion - mußte als stellvertretender Parlamentssprecher aus der Fraktion austreten. Gleichwohl gilt die Quote als erfüllt.

Unabhängige Abgeordnete 20 Sitze.

Der russische Block teilt sich wie folgt auf:

Rossija/Slavijanskij Sojuz 10 Sitze. Der stellvertretende Parlamentssprecher Podkopaev gehört dieser Fraktion an. Sie gilt als politisch gemäßigt.

Republikanische Partei der Krim 10 Sitze. Vorsitzender ist seit kurzem wieder Čekov. Sie tritt für eine weitgehende Autonomie der Krim ein.

Rossija Edinstvo 12 Sitze. Sie befürwortet vor allem enge wirtschaftliche Kontakte zu Rußland.

Sojuz 10 Sitze. Es handelt sich vor allem um politische Hard Liner. In dieser Fraktion sind auch die Kommunisten vertreten.

Reguläre Neuwahlen finden im Herbst nächsten Jahres statt. Es wird damit gerechnet, daß die Kommunisten dann erheblich an Gewicht gewinnen werden.

Die secessionistischen Tendenzen werden derzeit kaum noch artikuliert. Mit Ausnahme der Sojuz-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Oleg Kirillov stellt zumindest öffentlich niemand die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine mehr in Frage. Auch Čekov, der ehemals prorussische Parlamentssprecher, verfolgt nach eigenen Angaben keine separatistischen Bestrebungen, sondern ist lediglich "prorussisch orientiert".

Kirillov verfügt dagegen insbesondere seit den Dumawahlen im letzten Dezember über gute Kontakte zu vielen kommunistischen Abgeordneten in Moskau, dem Vernehmen nach auch zum Dumavorsitzenden Železnev. Er und andere politische Hard Liner hoffen auf einen Sieg der Kommunisten bei den russischen Präsidentenwahlen und auf ein größeres Engagement der russischen Regierung für die Krim, als dies bisher der Fall war.

Zu einer wichtigen politischen Größe entwickelt sich in letzter Zeit der **Vertreter des Präsidenten der Ukraine auf der Krim**. Am 31. Januar 1996 trat Dmitry Stepaniuk dieses Amt an. Er ist sowohl mit den Problemen auf der Krim als auch mit den delikaten Beziehungen zwischen der Krim und der Zentralgewalt in Kiew gut vertraut. Vor seiner Ernennung war er stellvertretender Vorsitzender des Komitees der Verchovna Rada, welches sich mit der politischen und rechtlichen Situation auf der Krim befaßt. Gleichzeitig war er

Vorsitzender der Arbeitsgruppe des ukrainischen Parlaments, die für die Abstimmung der ukrainischen Verfassung und der Krimverfassung zuständig ist.

Seine Kompetenzen wurden mit seiner Ernennung wesentlich erweitert. Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist er auch politisch viel präsenter als seine Vorgänger. Die Regierung und das Parlament der Krim betrachten diese Aktivitäten jedoch mit Skepsis und sehen darin eine Unterhöhnung des Autonomiestatus der Krim.

Wichtigstes politisches Organ der Tataren ist die *Medžillis*. Sie ist ein Selbstverwaltungsorgan auf lokaler und auch auf der höchsten politischen Ebene, in dem alle politischen Entscheidungen abgestimmt werden. Die meisten Mitglieder der tatarischen Kurultaj-Fraktion gehören der *Medžillis* auf der höchsten Ebene an. Diese hat 33 Mitglieder, ihr Vorsitzender ist Mustafa Džemilev.⁴ Die Mitglieder der *Medžillis* werden von den Tataren nicht direkt, sondern durch eine besondere Körperschaft, den Kurultaj (bestehend aus mehreren hundert Mitgliedern), gewählt.

c) Krimverfassung

Der Verfassungskonflikt zwischen der Krim und der Zentralmacht in Kiew dauert seit 1992. Mehrfach wurden Verfassungsänderungen durch das Krimparlament vom ukrainischen Parlament nicht akzeptiert, weil sie im Gegensatz zur ukrainischen Verfassung stünden. Hauptstreitpunkte waren die Staatsbürgerschaft, die Staatssprache, die Stellung der Autonomie der Krim und die Abgrenzung der gegenseitigen Rechte, die Frage der Eingriffsmöglichkeiten der Zentralgewalt, die Sprachregelungen, das Amt des Präsidenten der Krim, die rechtliche Durchsetzbarkeit der Autonomierechte, die Zugehörigkeit Sevastopols, die Frage einer wirtschaftlichen Autonomie u.s.w.. Nach langen Versuchen, zu einer Lösung zu kommen, bei denen auch die Mission und die Expertengruppe der OSZE mitwirkten, lehnte im März 1995 das ukrainische Parlament die bestehenden Verfassungsregelungen der Krim als ungesetzlich ab und setzte sie außer Kraft. Gestützt wurde diese Maßnahme auf einen langen Katalog von Verfassungsregelungen der Krim, die nicht mit der ukrainischen Verfassung übereinstimmen würden. Das Parlament der Krim wurde aufgefordert, bis Mai 1995 eine neue Verfassung vorzulegen, die mit den Verfassungsgrundsätzen der Ukraine, die allerdings gleichzeitig im Fluß waren,

⁴ Seit den sechziger Jahren ist er aktives Mitglied der Nationalbewegung der Krimtataren. Zur Zeit der Sowjetunion wurde er sieben Mal verurteilt und verbrachte insgesamt 15 Jahre in Lagerhaft.

übereinstimmen sollte. Es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus dem ukrainischen und dem Krimparlament eingesetzt, welche die bestehenden Differenzen ausräumen sollte. Der erste Termin ist ohne Aktion verflissen und eine Eskalation des Konflikts, die mit der Durchführung eines Referendums auf Seiten des Krimparlaments unweigerlich eingetreten wäre, konnte nur in letzter Minute noch verhindert werden.⁵

Am 1. November verabschiedete dann das Krimparlament einen Verfassungsentwurf. Insbesondere die tatarische Kurultaj-Fraktion lehnte diesen Entwurf ab, weil sie die Rechte der Krimtataren nicht ausreichend berücksichtigt sah. Neben dem Wahlmodus sah sie sich in der Sprachenfrage - Tatarisch ist neben Russisch und Ukrainisch "Staatssprache", Arbeitssprache ist aber ausschließlich Russisch - benachteiligt und verlangte zudem einen offiziellen Rechtsstatus für die *Medžillis*, was insbesondere von den russisch orientierten Politikern kategorisch abgelehnt wird. Ihren Protest unterstrich sie durch einen mehrtägigen Hungerstreik, der aber weitgehend erfolglos abgebrochen wurde. Allerdings kam die Mehrheit des Krimparlaments in einem Punkt den Tataren entgegen und zwar bei der Festschreibung des Verhältniswahlrechtes. Dies ermöglicht auch weiterhin eine angemessene politische Vertretung der Tataren. Bei dem in der Ukraine üblichen Mehrheitswahlrecht wäre dies nicht gewährleistet gewesen. Der Verfassungsentwurf wurde entsprechend geändert. Die Kurultaj-Fraktion war damit aber nicht zufriedengestellt.

Anschließend wurde der Entwurf nach Kiew weitergeleitet. Das Krimparlament ging davon aus, daß das ukrainische Parlament diesen bis spätestens Mitte Dezember 1995 billigen würde, zumal es entsprechende Zusagen des Vorsitzenden des ukrainischen Parlaments, Aleksandr Moroz, an Supruniuk gegeben haben soll.

Dieser Termin wurde jedoch nicht eingehalten. Statt dessen begann eine monatelange Generaldebatte über Grundsatzfragen. Zum einen war strittig, ob die Krimverfassung vor oder nach der ukrainischen Verfassung, die erst Ende Juni 1996 verabschiedet wurde, angenommen werden soll, da sie ja mit dieser kompatibel sein müsse, und zum anderen wurde die generelle Frage aufgeworfen, ob die Krim überhaupt eine Verfassung benötigt, oder ob die Sonderrechte nicht ausschließlich in der ukrainischen Verfassung verankert werden sollten.⁶ Hauptargument in diesem Zusammenhang war, daß in einem

⁵ Einen äußerst positiven Beitrag hat dazu die Mission und die Expertengruppe der OSZE unter Leitung des Minderheitenkommissars Herrn van der Stoel geleistet. Delegationen beider Seiten trafen sich zu einem intensiven Gespräch in Locarno und konnten dort erhebliche Fortschritte bei der gegenseitigen Annäherung erzielen.

⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.06.1996.

zentralistischen Staat Ukraine die Autonomie einer Region mit eigener Verfassung keinen Platz habe. Außerdem wurde ins Feld geführt, daß eine zu weitgehende Autonomie der Krim entsprechende Forderungen anderer Regionen, insbesondere des russisch dominierten Ostens, nach sich ziehen und den Zusammenhalt des noch jungen Staates Ukraine insgesamt gefährden könnte.

Demgegenüber mißtrauen die maßgeblichen Politiker der Krim - mit Ausnahme der tatarischen Kurultaj-Fraktion - einer Lösung ausschließlich in der ukrainischen Verfassung. Nach ihrer Position ist eine Autonomielösung ohne eigene Verfassung nicht möglich.

In diese Diskussion hinein wurde dann im März 1996 in Kiew der Entwurf der ukrainischen Verfassung veröffentlicht. Nach diesem Entwurf sollte die Krim keine eigene Verfassung, sondern lediglich ein Statut erhalten. Diese veränderte Situation kam auch in der offiziellen Bezeichnung zum Ausdruck. Der Name "Autonome Republik Krim" sollte durch "Autonome Krim" ersetzt werden. Diese "Rückstufung" des Status wurde auf der Krim mit Empörung aufgenommen.⁷

Die anhaltende Verfassungsdiskussion verschlechterte das Verhältnis zwischen Kiew und Simferopol erneut erheblich. Der Hochkommissar der OSZE für Nationale Minderheiten, Max van der Stoel, regte daher bei seinem Besuch in Kiew im Januar 1996 einen Round Table in Den Haag an, der dann Mitte März in Noordwijk statt fand. Dieser gab erneut den einzelnen Interessengruppen die Möglichkeit, auf neutralem Boden ihre Standpunkte darzulegen und nach Lösungen zu suchen. Anfang April, kurz nach dem Round Table der OSZE, wurde dann ein Ausführungsgesetz vom ukrainischen Parlament erlassen, das die Krimverfassung mit Ausnahme von zwanzig strittigen Artikeln in Kraft setzte. Das Gesetz wurde Mitte Mai von Präsident Kučma unterzeichnet.

Die Bezeichnung "Autonome Republik Krim" wurde darin akzeptiert. Gleichzeitig wurde eine Frist von einem Monat gesetzt, um die strittigen Fragen auszuräumen.

Zu den zwischen Kiew und Simferopol umstrittenen Punkten gehörten u.a. folgende Fragen.:

1. Die staatlichen Symbole, d.h., soll die Krim eine eigene Flagge und Hymne besitzen?
2. Der Status Sevastopols, d.h., ist Sevastopol Bestandteil der Autonomen Krim oder unmittelbarer Bestandteil der Ukraine?

⁷ Vgl. Handelsblatt vom 04.04.1996.

3. Die Staatsbürgerschaft, d.h., soll die Krim eine eigene, (innere) Staatsbürgerschaft haben?
4. Der Einfluß der Zentralregierung auf die Bildung der Krimregierung, d.h., besitzt die ukrainische Regierung ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl des Ministerpräsidenten der Krim?
5. Die Unterstellung der Sicherheitsorgane, d.h., wird die Verwaltung und der Sicherheitsapparat der Krim der Krimregierung oder der ukrainischen Regierung untergeordnet?
6. Die Rechte an den natürlichen Ressourcen, d.h., wem gehören die Naturschätze der Krim (insbesondere die Öl- und Gasvorräte), dem "Krimvolk" oder der Ukraine?

Die neue ukrainische Verfassung soll nun eine weitgehende Autonomie der Krim vorsehen. Frühere Entwürfe, nach denen die Kompetenzen der Krim beschränkt wurden, seien geändert worden.⁸

d) Nationalitätenfrage

Für die politische Stabilität der Krim ist das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten von entscheidender Bedeutung. Von den 2,7 Mio Einwohnern der Krim sind, wie anfangs bereits erwähnt, 70% Russen und 20% Ukrainer. Die inzwischen 260.000 Krimtataren (knapp 10%) sind größtenteils Anfang der neunziger Jahre aus den zentralasiatischen GUS-Republiken - insbesondere Usbekistan - zurückgekehrt. Hinzu kommen etwa 15.000 Armenier, 5.000 Bulgaren und eine gleiche Zahl von Griechen sowie 3.000 Deutsche und viele kleine Nationalitäten.

Die wichtigsten nationalen Minderheiten sind im Krimparlament vertreten. Dies wird durch eine festgelegte Quote gesichert. Den Tataren steht mit 14 der insgesamt 98 Sitze des Parlaments der weitaus größte gesicherte Anteil zu. Deutsche, Armenier, Bulgaren und Griechen sind mit je einem Sitz vertreten.

Die Krimtataren sind im Parlament, in der Krimregierung und in der Verwaltung auf höchster Ebene vertreten, sie stellen einen stellvertretenden Ministerpräsidenten (Ul'mi) und einen stellvertretenden Parlamentssprecher (Čubarov).

Das Regionalfernsehen der Krim überläßt den im Parlament vertretenen Nationalitäten spezielle Sendezeit. Generell wird das Programm in russischer

⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.06.1996, ferner Handelsblatt vom 02.07.1996.

Sprache ausgestrahlt. Das Lokalradio in Simferopol sendet seine Beiträge ebenfalls in russisch.

Bisher zeigten sich die stärksten Spannungen im Zusammenleben der Nationalitäten zwischen den Krimtataren und den Russen. Die 1944 von Stalin gewaltsam unter dem inzwischen zurückgenommenen Vorwurf der Kollaboration aus der Krim vertriebenen und vor allem nach Zentralasien deportierten Krimtataren betreiben seit langem ihre Rehabilitation und forderten die Rückkehr auf die Krim, die vor dem Krieg noch einen Autonomiestatus als Tatarenrepublik besaß. Nachdem sie bereits in den 80er Jahren in kleineren Gruppen illegal auf die Krim zurücksiedelten, setzte seit Anfang der 90er Jahre, nachdem ihnen im Rahmen der Perestroika 1987 die Rückkehr offiziell erlaubt wurde, eine verstärkte Rückwanderungswelle ein. Der Zuzug erfolgte allerdings weitgehend unorganisiert innerhalb von wenigen Jahren, was die Behörden der Krim vor enorme organisatorische und verwaltungstechnische Probleme stellte, die sie vielfach erheblich überforderten.

Hinzu kam, daß sich für die Tataren die Struktur- und Transformationskrise der Ukraine verstärkt auswirkte. Die meisten von ihnen verloren infolge der ukrainischen Hyperinflation der Jahre 1992, 1993 und 1994 ihr angespartes Geldvermögen, das sie zumeist aus dem Verkauf ihrer Häuser und anderen Vermögensgegenständen in den ursprünglichen Verbannungsgebieten besaßen. Die Wohnhäuser, die sie mit diesen Mitteln bauen wollten und die auf der gesamten Krim verteilt sind, konnten sie damit nicht mehr fertigstellen. Oft steht einer ganzen Familie daher nur ein einziges Zimmer in diesen Investitionsruinen, das vielfach nur notdürftig gegen Kälte und Nässe abgedichtet ist, zur Verfügung. Fließend Wasser ist in vielen Fällen nicht vorhanden. Die hygienischen Verhältnisse lassen daher zu wünschen übrig und diese katastrophalen Wohnverhältnisse erhöhen zudem die Sterblichkeit bei alten Leuten und den Kindern beträchtlich. Da Rückwanderer außerdem nicht in die bisherigen Strukturen eingebunden sind, ist die Arbeitslosigkeit der tatarischen Erwerbsbevölkerung besonders hoch. Sie wird auf 50% geschätzt. Weil die tatarischen Siedlungen oft weit von der nächsten Schule entfernt sind, ist auch die Ausbildung der tatarischen Kinder vielfach gefährdet. Aus Kostengründen - Benzin für die Fahrt zur Schule ist teuer - besuchen sie oft längere Zeit überhaupt keine Schule. Diese Situation führt in vielen Fällen verständlicherweise zu Frustration und aufgeregter Aggression. Insbesondere bei jüngeren Menschen ist dies durchaus nachvollziehbar. Dieses soziale und politische Gemisch kann aber dann besonders gefährlich werden, wenn es von Demagogen, die mit Parolen in Zusammenhang mit der Deportation und daraus vermeintlich oder tatsächlich ableitbaren Rechtsansprüchen argumentieren, für ihre Zwecke mißbraucht wird.

Die ungünstige wirtschaftliche Lage hat in den letzten beiden Jahren die Zuwanderung der Tataren auf die Krim stark sinken lassen. 1995 lag sie nur noch bei etwa 10.000 Personen.

Allerdings wird bei verbesserter wirtschaftlicher Situation auf der Krim mit einem möglichen Zuzug von weiteren 250.000 Tataren gerechnet. Dies würde den Anteil der Tataren an der Gesamtbevölkerung der Krim von augenblicklich 10% auf dann 20% erhöhen. Sollte dies in kurzer Zeit, unkontrolliert und mit unzureichender finanzieller Unterstützung erfolgen, können soziale Erschütterungen erheblichen Ausmaßes nicht ausgeschlossen werden. Schon jetzt gibt es große Ressentiments zwischen Russen und Tataren.

Die bisher schwerste Krise im Zusammenleben der beiden Nationalitäten wurde Mitte 1995 durch gewaltsame Ausschreitungen zwischen russischen und tatarischen Mafiabanden an der Südküste bei Sudak und Feodosija ausgelöst, im Verlauf derer mehrere Tataren getötet wurden. Im Anschluß daran kam es zu gewalttätigen Massendemonstrationen beider Volksgruppen. Viele Krimbewohner befürchteten eine weitere Eskalation der Lage und erwogen daher, ihre Familien aus der Krim fortzubringen. Vor allem dank des Engagements der politischen Führung der Tataren beruhigte sich die Lage jedoch schnell wieder.

Auch in den Folgemonaten und in diesem Jahr kam es noch zu kleineren Ausschreitungen zwischen russischen und tatarischen Verbrecherbanden, bislang konnte aber verhindert werden, daß daraus politische Virulenzen entstehen. Diese Auseinandersetzungen werden aber regelmäßig in der Kiewer Presse erwähnt, was dem Image der Krim und damit auch ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erheblich schadet.

Die Krimdeutschen sind mit etwa 3.000 Personen eine kleine Gruppe. Ihr politischer Einfluß ist im Vergleich zu den Tataren gering. Mittlerweile gibt es wieder einige kleinere Ortschaften von Krimdeutschen. Ihr politischer Vertreter im Krimparlament ist Vladimir Renpening von der "Wiedergeburt". Er nahm auch am Round Table der OSZE in Jalta teil. Wie in Rußland, so sind auch die ethnischen Deutschen auf der Krim politisch gespalten und persönlich miteinander verfeindet. Neben der "Wiedergeburt" existiert daher die "Landmannschaft der deportierten Krimdeutschen" (Julius Millar, Hugo Schaufler), die mit der Interessensvertretung Renpenings unzufrieden sind und ihn nicht noch einmal als Abgeordneten akzeptieren wollen. Diese Abneigung ist aber durchaus gegenseitig.

e) Sevastopol

Eine schwierige Erbschaft für die Ukraine stellt die Stadt Sevastopol dar. Sie liegt im Südwesten der Krim. Mit 416 000 Einwohnern ist Sevastopol (einschließlich zweier zugehöriger städtischer Siedlungen) die größte Stadt auf der Krim. Drei Viertel der Einwohner sind Russen, ein Fünftel Ukrainer.

Sevastopol ist aus historischen und politischen Gründen ein politisch sehr sensibles Thema. Als Heldenstadt hat die Festung einen besonderen Bezug zur "glorreichen russischen und sowjetischen Geschichte", und als Hauptstützpunkt sowie Hauptquartier der sowjetischen Schwarzmeerflotte war die Stadt immer der Moskauer Zentralregierung direkt unterstellt. Zudem war sie aus militärischen Geheimhaltungsgründen eine geschlossene Stadt, die erst in letzter Zeit zugänglich wurde.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wirkte sich diese Sonderstellung daher besonders stark auf das Verhältnis zwischen Rußland und der Ukraine aus. Einflußreiche politische Kräfte in der russischen Staatsduma betrachten aus historischen Gründen Sevastopol immer noch als Rußland zugehörig.

Die Problematik läßt sich an zwei Beispielen verdeutlichen. Im Juli 1993 bekräftigte das russische Parlament in einer Deklaration den Anspruch Rußlands auf Sevastopol, und im Januar 1996 kam es zu einem diplomatischen Zwischenfall, als der Moskauer Bürgermeister Lužkov bei einem Besuch in Sevastopol die Stadt als russisch bezeichnete. Das ukrainische Außenministerium legte dagegen formellen Protest ein. Sevastopol ist auch der Hauptankern bei der Frage der Trennung der Schwarzmeerflotte. Während über die Aufteilung der inzwischen meist veralteten Schiffe Einigung erzielt ist, scheitert eine endgültige Einigung immer wieder an der Stützpunktfrage. Rußland möchte Sevastopol als Hauptstützpunkt und Sitz des Flottenkommandos seiner Schwarzmeerflotte behalten. Die Ukraine möchte aber dieselbe auch für ihren Flottenteil und zusätzlich die volle Souveränität über die gesamte Stadt sowie die militärischen Einrichtungen.⁹ Sie denkt ausschließlich an eine Verpachtung von Stützpunkteinrichtungen für eine begrenzte und möglichst kurze Zeit. Nicht zuletzt an diesem Problem ist der mehrfach verschobene Staatsbesuch Präsident Jelzins bisher gescheitert.

Aber nicht nur zwischen Rußland und der Ukraine, sondern auch zwischen der ukrainischen Zentralregierung und der Krimregierung ist der Status Sevastopols umstritten.

Die Stadt ist der ukrainischen Regierung direkt unterstellt. Sowohl die ukrainische Regierung als auch die Stadtregierung Sevastopols möchten die-

⁹ Vgl. u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.06.1996.

sen Status erhalten. Neben den politischen Problemen und der besonderen Auseinandersetzung mit Rußland spielen auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle. Zum einen möchte die Stadt die Wirtschaftsreformen insbesondere bei der Privatisierung schneller vorantreiben und sich nicht von den Organen der Krim hineinreden lassen, sie strebt zudem den Status einer Freien Wirtschaftszone an und möchte die überproportionalen Zuweisungen, die sie vom Zentralhaushalt erhält, nicht verlieren. Im letzten Jahr waren dies mit etwa 7 Mio USD fast soviel, wie die gesamte Krim aus Kiew erhielt (etwa 8 Mio USD).

Für die Krimregierung hingegen ist Sevastopol ein integraler Bestandteil der Krim. Sie strebte daher auch eine entsprechende Regelung in der neuen Verfassung der Krim und in der ukrainischen Verfassung an. Das ukrainische Parlament, der ukrainische Präsident wie auch die ukrainische Regierung lehnten dies aber ab. Dagegen wird die Vertretung Sevastopols durch elf Abgeordnete im Krimparlament von Kiew zwar nicht gerne gesehen, aber geduldet.

f) Aufteilung der Schwarzmeerflotte zwischen Rußland und der Ukraine

Wie bereits angedeutet, ist es bei der Aufteilung der Schwarzmeerflotte in letzter Zeit zu erheblichen Fortschritten gekommen. Die Schiffe wurden je zur Hälfte geteilt. Die Ukraine wird Rußland den größten Teil ihres Anteils zur Schuldentilgung übergeben und nur etwa 17% der ursprünglichen Schwarzmeerflotte unter ihrer Flagge weiter betreiben. Auch ein erheblicher Teil der Liegenschaften ist aufgeteilt. Das gemeinsame Oberkommando der Flotte ist aufgehoben. Ein Teil des russischen Personals wurde aus Sevastopol und anderen Städten der Krim abgezogen. Nicht zuletzt wurde dieser lange Zeit verzögerte Teilungsprozeß dadurch beschleunigt, daß Präsident Jelzin den russischen Kommandeur der Schwarzmeerflotte, Admiral Baltin, entließ. Dieser hatte mehrfach Anordnungen Jelzins zur Aufteilung der Flotte mißachtet, er stand zudem der Unabhängigkeit der Ukraine kritisch gegenüber und stellte die Zugehörigkeit der Krim und Sevastopols zur Ukraine in Frage. Der neue Kommandeur der Schwarzmeerflotte, Kravčenko, äußerte sich in seinen ersten Presseinterviews optimistisch über den Stand der Aufteilung. Alle Probleme seien gelöst worden.

Allerdings zeigt die erneute Verschiebung der Reise Jelzins, daß offensichtlich die Statusfrage Sevastopols und die Frage der Flottenkommandos bisher nicht vollständig geklärt sind. Für eine Aufarbeitung der gemeinsamen

sowjetischen Vergangenheit kommt dieser Lösung aber eine entscheidende Stellung zu.

2. Wirtschaftliche Lage

a) Basisindikatoren der aktuellen Entwicklung

Wie die Ukraine insgesamt, so steht auch die Krim vor erheblichen wirtschaftlichen Transformationsproblemen. Mit einem Rückgang der Industrieproduktion von 16% 1995 gegenüber 13% in der Ukraine insgesamt, stellte sich die Situation sogar noch ungünstiger dar. Besonders kritisch war die Lage im Maschinenbau, in der Leicht- und in der Bauindustrie. Diese Entwicklung deckt sich mit der strukturellen Verschiebung in der Ukraine insgesamt. Da auf der Krim wenig Schwerindustrie vorhanden war, die entgegen der notwendigen Umstrukturierung 1995 in der Ukraine sich noch relativ am besten gehalten hat, ist der relativ stärkere industrielle Einbruch auf der Krim als in der Gesamtkraine durchaus erklärbar.

In einzelnen Städten wie Evpatoria, Džankoe, Alušta und Feodosija wurden gar Produktionsrückgänge um durchschnittlich 40% gemeldet.¹⁰ Nicht zuletzt dürfte dies mit der überaus schlechten Tourismusentwicklung und der entsprechenden Wirtschaftsstruktur dieser Städte in Verbindung stehen.

Positive Nachrichten kamen, wie in der Ukraine insgesamt, allein von Teilen des Energiesektors: Die Öl- und Gasförderung stieg um 44,5% bzw. 7,8%. Trotzdem konnte die Versorgung der Industrie und Bevölkerung mit Strom und Gas im vergangenen Winter nur notdürftig aufrechterhalten werden. So wurde bereits im vergangenen September in vielen Unternehmen und privaten Haushalten der Strom abgeschaltet. Viele Menschen mußten den Winter am Arbeitsplatz und zu Hause in dicken Mänteln verbringen, da die Gasheizungen nur selten und oft mit geringer Kapazität funktionierten. Die Produktion hatte damit nicht nur unter der sinkenden Nachfrage, sondern auch unter Beschränkungen bei der Energie- und Rohstoffversorgung, also von der Angebotsseite her, zu leiden. Das Wirtschaftsministerium der Krim geht für 1996 von einem leichten Produktionszuwachs (1 -1,5%) in der Industrie aus. Diese optimistische Voraussage wird sich wohl kaum erfüllen, es muß noch einmal mit einem Produktionsrückgang gerechnet werden.

Besonders enttäuschend verlief die Touristiksaison im vergangenen Jahr. Es kamen lediglich 2,5 Mio Reisende (das Potential wird auf 10 Mio

¹⁰ Vgl. Krymskie Izvestija (1996).

geschätzt). Die Versorgung mit Wasser - 1994 das große Problem auf der Krim - war 1995 dank ergiebiger Schnee- und Regenfälle im Frühjahr kein Problem. Allerdings gab es warmes Wasser in vielen Haushalten nur zu bestimmter Zeit, in manchen Städten nur wenige Stunden in der Woche. Auch in diesem Frühjahr sind die Talsperren infolge ergiebiger Niederschläge ausreichend gefüllt.

Für 1996 hofft die Krimregierung auf 4 Mio Touristen. Um den Tourismus wieder anzukurbeln, wurde in Rußland eine Anzeigenkampagne gestartet. Allerdings wird es die Krim schwer haben, sich wieder als zentrales Feriengebiet zu etablieren. Die von Betrieben und Sozialversicherungen organisierten Reisen sind fast ausgefallen. Ein großer Teil der ukrainischen und russischen Bevölkerung kann sich die nicht gerade billigen Preise auf der Krim nicht mehr leisten, und die neue wohlhabende Schicht dieser Länder zieht verständlicherweise andere attraktivere Ferienzele vor, nachdem sie nun keinen Reisebeschränkungen mehr unterliegen.

Die Arbeitslosigkeit wurde Ende vergangenen Jahres offiziell mit 1% angegeben. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt aber sicher weit darüber. Viele Industriebetriebe, Hotels und Sanatorien haben ihre Mitarbeiter für längere Zeit in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt oder die Entlassenen haben sich wegen mangelnder Aussicht, einen offiziellen Arbeitsplatz zu erhalten, nicht registrieren lassen und sind sofort in die Schattenwirtschaft abgetaucht.

Dem Staatlichen Statistischen Komitee der Krim zufolge exportierten Unternehmen der Krim (ohne Sevastopol) im vergangenen Jahr Waren im Wert von 217,6 Mio USD, die Importe beliefen sich auf 89,4 Mio USD.¹¹ Damit erzielte die Krim einen Handelsbilanzüberschuß in Höhe von 128,2 Mio USD. Exportiert wurden vor allem Fisch und Fischerzeugnisse, chemische Produkte wie Farben und Lacke, Getränke einschl. Wein und Sekt, Obst und Gemüse, Maschinen, Radio- und Fernsehgeräte. Die Importpalette bestand u.a. aus Konsumgütern, Erzen und Schlacken, Öl, Gas, Elektrizität, Maschinen, Holzprodukten, Kunststoffen und Kunststoffzeugnissen.

Die wichtigsten Handelspartner der Krim waren 1995 Rußland, Weißrußland, die Türkei, Großbritannien und das Fürstentum Liechtenstein.

Bisher halten sich auch die Auslandsinvestitionen in Grenzen. Die Direktinvestitionen in Unternehmen der Krim (ohne Sevastopol) beliefen sich 1995 auf rund 8 Mio USD.¹² Bei den insgesamt seit der Unabhängigkeitserklärung

¹¹ Vgl. Krymskie Izvestija vom 10.02.1996.

¹² Laut Angaben des Staatlichen Statistischen Komitees waren es genau 7,985 Mio USD, die für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1995 gelten.

bis Sept. 1995 getätigten 15,8 Mio Auslandsinvestitionen kam der größte Teil aus Rußland (26%), den USA und Österreich (je 12%), Israel (10%) sowie Deutschland 7%.¹³

Am 1. Januar 1996 waren auf der Krim 17 ausländische Unternehmen registriert. Herkunftsländer sind u.a. Rußland, die USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Italien, Österreich, Zypern, Ungarn, China und Usbekistan. Die meisten Firmen befinden sich in Simferopol: Sie haben oft nur wenige Mitarbeiter und sind in vielen Fällen nicht aktiv.

Bei allen Statistiken ist zu berücksichtigen, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung nur unvollständig wiedergeben. Die Weltbank schätzt den Anteil der Schattenwirtschaft am Sozialprodukt der Ukraine auf etwa 50%.¹⁴ Dieser Wert dürfte auch für die Krim gelten. Ein namhafter Wirtschaftspolitiker der Krim bezifferte den Anteil der Schattenwirtschaft Ende vergangenen Jahres auf 70%, für die Landwirtschaft sogar auf bis zu 90%. Diese Zahlen dürften aber überhöht sein.

Angesichts der geringen Einkommen und der oft unbezahlten Beurlaubung von Beschäftigten ist es verständlich, daß die meisten Erwerbspersonen gleichzeitig mehrere Beschäftigungen haben und damit einen wesentlich höheren als den offiziell angegebenen Durchschnittsverdienst (Anfang 1996 14 Mio Krb - etwa 80 USD - in der staatlichen Verwaltung, 4 - 5 Mio Krb - 25 USD - in der Landwirtschaft) beziehen. Eine Einkommenschätzung unter Einbeziehung aller dieser Einkommen liegt verständlicherweise nicht vor.

Zu den positiven Entwicklungen des vergangenen Jahres gehört die deutlich verbesserte Versorgung mit importierten Konsumgütern, insbesondere aus der Türkei, aus anderen osteuropäischen Ländern und auch aus Deutschland. Mittlerweile gibt es eine große Zahl von Restaurants und Bars sowie anderen Dienstleistungsbetrieben, die nicht nur die Versorgung verbessern, sondern auch entsprechende Arbeitsplätze schaffen. Das Straßenbild der Städte ist durch ein Heer "fliegender Händler" geprägt. Im Februar dieses Jahres wurde das erste Schnellrestaurant westlichen Stils in Simferopol eröffnet, ein ukrainisch-türkisches Joint venture. Die Menschen sind, von verarmten Pensionären abgesehen, im allgemeinen gut gekleidet und sehen gut ernährt aus.

Trotz dieser Teilerfolge beurteilen viele Bewohner der Krim die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Perspektiven pessimistisch. Neben den erwähnten Problemen ist dafür die Hyperinflation in der gesamten Ukraine zu Beginn der neunziger Jahre verantwortlich, die die Geldvermögen auf der

¹³ Vgl. Zarema Čelebieva (1996).

¹⁴ Vgl. The World Bank (1995).

Krim weitgehend entwertet hat. Betroffen davon sind nicht nur die Krimtataren, die ihr Kapital für den Hausbau und die Neueinrichtung verloren haben, sondern alle Volksgruppen, insbesondere die vielen Rentner, die ihre Ersparnisse für das Alter verloren. Zur Verminderung der Kaufkraft trägt zudem bei, daß viele Angestellte der staatlichen Verwaltung und der privaten Betriebe oft monatelang auf die Auszahlung ihrer Gehälter warten müssen. Belastend wird zudem vor allem von den älteren Beschäftigten die Arbeitsplatzunsicherheit empfunden, da sie aus der ehemaligen Sowjetunion gewohnt sind, daß ihr Arbeitsplatz lebenslang garantiert war.

b) Das Wirtschaftspotential der Krim

Die Krim verfügt über eine differenzierte Wirtschaftsstruktur.¹⁵

Bekannt sind insbesondere der Hotelsektor und die Sanatorien (insgesamt etwa 650) vor allem an der Süd- (Jalta, Feodosija, Sudak, Alušta) und Westküste (Evpatoria, Saki). Allerdings trägt dieser Sektor entgegen der vielfachen Vermutung nach Schätzungen nur zu etwa 10% bis 15% zum Sozialprodukt der Krim bei. Weitaus wichtiger ist die Industrie (Chemie im Norden, Geräte- und Maschinenbau, Fischerei und Fischverarbeitung, Schiffbau) und die Landwirtschaft (Obst und Gemüse, Tabak, Weine und Sekt, in feuchteren Hanglagen auch Aromatika wie Lavendel, Rosen und Muskatsalbei).

Große Hoffnungen werden in die umfangreichen Öl- und Gasreserven gesetzt, die im Osten und im Nordwesten der Krim sowie off shore im Schwarzen Meer im Nordwesten erkundet bzw. vermutet werden.

Zur Nutzung dieser Reserven werden nach Angaben der Krimregierung Investitionen von etwa 200 Mio USD benötigt. JKK, eine britische Ölgesellschaft, hat zusammen mit einer ukrainischen Gesellschaft ein Joint venture zur Erkundung dieser Felder geschlossen. Es wurde auch eine entsprechende Lizenz an das Unternehmen vergeben. Bislang ist man aber nicht fündig geworden. Zur Zeit deckt die Öl- und Gasproduktion der Krim nur ein Drittel des Gesamtbedarfs.

Den größten Teil ihres Energiebedarfes (Öl, Gas, Elektrizität) bezieht die Krim aus der Ukraine. Traditionell werden aus Rußland Ölprodukte, Gas und Holz in größeren Mengen bezogen. Einen großen Teil ihres Wassers erhält die Krim ebenfalls aus der Ukraine.

¹⁵ Siehe auch Deutsche Bank Research (1995), ferner Jürgen Drzymalla (1995).

Allgemein wird die Qualifikation der Bevölkerung als hoch eingeschätzt. Viele Erwerbspersonen haben eine Universitätsausbildung oder besitzen eine gute industrielle Qualifikation.

Die Infrastruktur läßt z. T. noch zu wünschen übrig, auch wenn die Krim relativ gut mit Verkehrswegen erschlossen ist. Die Hauptstraßen sind im großen und ganzen in einem akzeptablen Zustand. Dies gilt jedoch nicht für die Zufahrten zu vielen Siedlungen. Das Eisenbahnnetz verbindet den Norden der Krim mit dem Südwesten (Sevastopol) und Osten der Halbinsel (Kerč). Busse und Obusse verbinden die großen Städte miteinander und ergänzen damit den Eisenbahnverkehr. Es gibt einen Zivilflughafen in Simferopol und sechs Militärflughäfen. Der bisherige Militärflughafen Belbek in Sevastopol wurde 1995 für den Zivilverkehr geöffnet. Er soll weiter ausgebaut und auch für den Gütertransport genutzt werden. Schließlich gibt es mehrere Kanäle für die Binnenschifffahrt der Krim. Der größte ist der Nord-Krim-Kanal, der den Norden mit dem Osten und dem Schwarzmeer-Kanal im Westen verbindet.

c) Das Wirtschaftspotential Sevastopols und Projekte der Stadtregierung

Sevastopol liegt im Südwesten der Krim, 85 km von Jalta und etwa 80 km von Simferopol entfernt. Die Stadt verfügt über eine vielseitige Wirtschaftsstruktur. Aufgrund der Lage spielt die Hafen- und die Fischereiwirtschaft eine entscheidende Rolle. Daneben sind Schiffbau, Leichtindustrie, Maschinenbau, Metallverarbeitung und die Fertigung von Konsumelektronik sowie der Gerätebau vertreten.

Die Stadt gehört zu den wichtigsten Weinregionen der Ukraine. Der Weinanbau verfügt über eine Fläche von etwa 10.000 ha, die Kellereien liefern über 30 verschiedene Weinsorten.

Ein überaus wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt ist nach wie vor die Schwarzmeerflotte. Angaben der Stadtregierung zufolge waren im September 1995 zwischen 20.000 und 30.000 Menschen von der Flotte abhängig, das entspricht zwischen 10% und 15% der Erwerbsbevölkerung.

Mit 25 Banken und 35 Versicherungsgesellschaften verfügt Sevastopol auch über eine relativ günstige Finanzinfrastruktur.

Neben dem Seehafen erlauben die vier vorhandenen Flughäfen, zu denen der bereits erwähnte Flughafen Belbek zählt, günstige internationale Verbindungen. Die Stadtregierung hofft, mittelfristig die Touristenflüge nach Jalta,

die bisher über den Flughafen Simferopol gehen, nach Belbek umleiten zu können.

Die Qualifikation der Beschäftigten dürfte noch leicht über dem Niveau der Krim insgesamt liegen. Es erlaubt damit die Entwicklung fast aller wirtschaftlicher Aktivitäten.

Das Straßenbild Sevastopols ist durch gut ausgestattete Geschäfte und Privatmärkte mit einem breiten Angebot geprägt. Konsumartikel kommen, wie auch in der übrigen Krim, größtenteils aus der Türkei und aus Polen.

Aufgrund der bisher ungünstigen Situation für die zivile Wirtschaft (geschlossene Stadt, Image als Flottenstützpunkt u.s.w.) sieht die Stadtregierung Sevastopols die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt durch eine Reihe von Maßnahmen zu verbessern. Geplant ist u. a. die Einrichtung einer Wirtschaftszone in Form eines kombinierten See- und Flugfreihafens mit dem Namen "Chersones". Dafür soll eine Fläche von 60 ha zur Verfügung gestellt werden. Das notwendige Investitionsvolumen wird mit 500 Mio USD angegeben. Eine Feasibility-Studie wurde von der EBRD finanziert und im vergangenen Jahr fertiggestellt. Weiterhin sollen Seeverbindungen mit Istanbul und Varna (Bulgarien) geschaffen werden. Hierfür wäre der Erwerb zweier Fährschiffe sowie ein Ausbau des Hafens erforderlich. Die Investitionssumme beträgt zwischen 5 Mio und 12 Mio USD.

Außerdem soll Sevastopol verstärkt für den internationalen Tourismus erschlossen werden. Die Stadt verfügt über viele Sehenswürdigkeiten wie malerische Buchten, Ausgrabungen von Ruinen aus der griechischen Antike oder ein bekanntes Museum über den Krimkrieg des vergangenen Jahrhunderts. Ziel ist es, eine große Zahl von Touristen nicht nur - wie bisher - für Tagesausflüge, sondern für eine längere Zeit anzuziehen.

Zwar gibt es bereits jetzt mehrere Hotels in der Stadt, deren Ausstattung und vor allem der Service entsprechen aber keinesfalls westlichen Standards. Daher plant die Stadtregierung den Bau eines internationalen Touristikcenters. Eine entsprechende Feasibility Studie ist der britische Know how Fund bereit zu finanzieren. Die gesamten Investitionskosten werden auf etwa 420 Mio USD geschätzt.

Weitere Projekte sind der Ausbau des Handelshafens (Investitionssumme: 18 Mio USD), der Bau einer Windenergiestation mit einer Kapazität von 25 MWT (10 Mio USD) sowie der Bau einer Brücke über die Bucht von

Sevastopol (83 Mio USD). Die Stadtregierung hat eine Liste von Vorschlägen für private Investitionen veröffentlicht.¹⁶

d) Hemmfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und Sevastopols

Die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und Sevastopols wird durch eine Reihe von Faktoren behindert.

1. Die noch nicht erreichte politische Stabilität. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für das Engagement von Investoren. Die immer noch offene Verfassungsdiskussion zwischen Kiew und Simferopol sorgt für ständig negative Schlagzeilen in der Presse. Auch die wiederholten Zusammenstöße zwischen russischen und tatarischen Gruppierungen, über welche die Presse in Kiew regelmäßig berichtet, vermitteln ein ungünstiges Bild. Alles zusammen läßt die gesamte Region für Investoren wenig attraktiv erscheinen.
2. Die Privatisierung ist noch nicht so weit vorangeschritten und mit vielen Problemen behaftet, daß sie bisher eher als Hemmschuh denn als Incentive für ausländische Investitionen wirkt. Auf dieses Problem wird im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen.
3. Die Infrastruktur ist auf der Krim und in Sevastopol in vielen Bereichen nach westlichem Standard noch zu wenig entwickelt. So entspricht der Flughafen von Simferopol keinesfalls internationalen Standards. Die Telefonleitungen sind oft sehr schlecht, Faxen ist ein Problem. Abschaltungen von Elektrizität im Winter sowie kalte Heizungen wegen Mangel an Erdgas erschweren die Arbeit vor Ort erheblich. Heißes Wasser gibt es oft nur wenige Stunden am Tag, in Sevastopol oft nur einige Stunden in der Woche.

Die Hotels sind in einem schlechten Zustand und renovierungsbedürftig, der Service entspricht nicht internationalen Standards. Das gilt auch für Simferopol und für Sevastopol. Westliche Fachzeitungen und -zeitschriften sowie Fernsehprogramme waren bisher nur in den beiden Intouristhotels in Jalta erhältlich. Büroräume sind knapp, viele ausländische Unternehmen sind in Hotels untergebracht. Die veralteten Flugzeuge verunsichern viele Geschäftsleute und Touristen, bisher sind aber keine

¹⁶ Einzelheiten hierzu können beim "Department für Außenwirtschaftsbeziehungen" erfragt werden. Der Leiter des Departments ist Michail Jurlov (Tel.: 0038 0692 52 25 88, 52 47 99; Fax: 52 20 53; Telex: 197311 PTB SU).

schweren Unfälle bekannt geworden. Ukrainian Airlines hat für die Beförderung von Touristen auf der Krim daher mehrere Boeing-Maschinen erworben.

4. Die Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen ist in der gesamten Ukraine sehr hoch. Schätzungen gehen davon aus, daß 90% des Gewinns an den Fiskus abgeführt werden müssen, wenn der Steuerpflicht voll nachzukommen ist. Da dies erkannt wurde, sind einige Steuersätze im vergangenen Jahr gesenkt worden. So lag die Umsatzsteuer Ende 1995 bei 20% (vorher 28%), die allgemeine Gewinnsteuer betrug 30%, für Banken 55%. Insgesamt gibt es aber mehr als 30 verschiedene Steuerarten, darunter 16 lokale Steuern und Abgaben. Viele westliche Investoren werden durch diese Steuerlast abgeschreckt. Ukrainischen Unternehmen bleibt oft nichts anderes übrig, als einen großen Teil ihrer Einkünfte vor dem Fiskus zu verbergen.

Die Krimregierung möchte gerne attraktive Rahmenbedingungen für ausländische Investoren durch die Einrichtung von Wirtschaftssonderzonen schaffen. Hierfür wünscht sie die entsprechenden Kompetenzen von der ukrainischen Zentralregierung und der Verchovna Rada, was Teil des erwähnten Verfassungsstreites zwischen Kiew und Simferopol ist. Krimregierung und -parlament haben die Idee eines "Regimes der offenen Wirtschaft der Krim" ins Spiel gebracht, das sich an Vorbildern in Hongkong, Singapur oder Zypern orientiert.

Die Kompetenzen für die Schaffung von Wirtschaftssonderzonen liegen bisher aber ausschließlich beim Kiewer Parlament. Dieses steht diesen Projekten bekanntermaßen skeptisch gegenüber. Das Wirtschaftsexperiment im Norden der Krim (SIVAŠ) wurde daher formal durch Dekrete Kučmas gebilligt (siehe unten). Es gibt auch Projekte für eine Wirtschaftssonderzone in Kerč im Osten (gemeinsam mit russischen Grenzregionen) sowie in Feodosija im Süden der Krim (Freihafen).

Alle diese Pläne kommen aber nur langsam voran. Die Wirtschaftssonderzone Chersones in Sevastopol ist bisher u. a. durch die Leitung der Schwarzmeerflotte blockiert worden. Fraglich ist, ob eine Fläche von lediglich 60 ha wirklich ausländische Investoren anzieht. Eine Ausdehnung der Sonderzone auf die gesamte Stadt erschiene wesentlich attraktiver.

5. Die Finanzverfassung der Krim ist nicht langfristig geregelt, sondern muß jedes Jahr neu ausgehandelt werden. Grundlage ist die "Vereinbarung über die Budget-Beziehungen" zwischen der ukrainischen Regierung und der Krimregierung von 1994, die für ein Jahr galt. Sie wurde nach langen Diskussionen im vergangenen und in diesem Jahr verlängert. Grundlage

dieser Vereinbarung ist das sog. "Einkanalsystem". Danach gehen alle Steuereinnahmen der Unternehmen und privaten Haushalte der Krim zunächst an den Staatshaushalt der Krim. Die Krimregierung überweist dann ihren Beitrag an den sog. "Allgemeinen Staatsausgaben" der Ukraine an die ukrainische Regierung. Grundlage dieses Beitrages ist der Bevölkerungsanteil der Krim im Verhältnis zur gesamten Ukraine in Höhe von 4,3%. Davon wird ein bestimmter Betrag abgezogen, beispielsweise ein Ausgleich für Steuervergünstigungen, welche die ukrainische Regierung bestimmten Sanatorien auf der Krim gewährt, oder außerplanmäßige Gehaltserhöhungen als Inflationsausgleich für Staatsbedienstete, die durch Entscheidungen der Kiewer Regierung zustande kommen. Um diese Kompensationen wird jedes Jahr neu gerungen. Im Endergebnis überwies die Krim an die Ukraine 1995 nur etwa 29,3 Mio USD anstelle der sonst fälligen 84 Mio USD.

Für 1996 könnte die ukrainische Regierung von der Krim etwa 97 Mio USD als Beitrag zu den allgemeinen Staatsausgaben fordern, über die Höhe der Kompensation dürfte auch in diesem Jahr hart verhandelt werden.

Die Krim ist die einzige Region in der Ukraine mit einer solchen Regelung. Würde das "Einkanalsystem" nicht verlängert, müßte die Krim, wie alle übrigen ukrainischen Regionen, einen großen Teil ihrer Steuereinnahmen sofort an die ukrainische Regierung abführen und wäre dann in stärkerem Maße auf Subventionszahlungen als bisher angewiesen.

Die Diskussionen zwischen Kiew und Simferopol um die Verlängerung des "Einkanalsystems" waren im Februar 1996 noch nicht beendet, wodurch die Finanzpolitik der Krim für diesen Zeitraum völlig blockiert wurde. Dieses Szenario könnte sich im nächsten Jahr wiederholen. Längerfristige Finanzplanungen sind bei einem solchen Verfahren nur schwer denkbar.

Gegenstand der Debatte zwischen Kiew und Simferopol ist auch der Beitrag der ukrainischen Regierung zur Unterstützung der Krimtataren. Das ukrainische Budget sah 1995 zunächst Unterstützungszahlungen in Höhe von 6,5 Mio USD vor. Ein zusätzliches Programm des ukrainischen Ministerkabinetts erhöhte diese Summe auf 13,6 Mio USD für Investitionen sowie 4,2 Mio USD für soziale Dienste. Auch dieser Betrag wird von der Krimregierung und insbesondere den Krimtataren als völlig unzureichend angesehen. Die ukrainische Regierung verweist jedoch auf ihre angespannte Haushaltssituation und sieht keine Möglichkeit, die Mittel zu erhöhen.

6. Das Image der Krim wird zudem durch die hohe Zahl der Verbrechen, besonders im Bereich der Gewaltkriminalität, schwer belastet. Im vergangenen Jahr gab es über 300 Morde, darunter Bombenattentate in Banken und auf Straßen. Zeitungsberichte der Krim benennen mehrere Mafia-bandens, welche sich die Krim untereinander aufgeteilt haben sollen. Zahlungen von Schutzgeldern sind üblich, wobei dem Vernehmen nach Verhandlungen über die Höhe des Schutzgeldes und die Art der Zahlung (Bargeld oder in Form von Waren, die das Unternehmen bereitstellt) möglich sind. Angaben des neuen Innenministers der Krim, General Kornenkos, seit Dezember im Amt, zufolge liegt die Krim aber hinsichtlich der Kriminalitätsdichte (Anzahl der Verbrechen je 1.000 Einwohner) erst an vierter Stelle in der Ukraine nach Dnepropetrovsk, Lugansk und Charkiv.

General Kornenko, hat den Kampf gegen die Gewaltkriminalität erheblich verschärft und mehrere spektakuläre Verhaftungen durchführen lassen. Zahlreiche korrupte Milizangehörige wurden entlassen.

Für den normalen Touristen erscheint die Sicherheitslage auf der Krim aber unproblematisch. Man kann auch abends fast überall hingehen. Auch zwei Vertreter ausländischer Firmen erklärten bei einem Gespräch, sie persönlich fühlten sich sicher. Gefährlich ist allerdings der Besuch von Restaurants, in denen sich bekanntermaßen Mafiabosse treffen. In einigen dieser Restaurants sind Angehörige der Mafia erschossen worden.

7. Gelegentliche Nachrichten über Cholera- und Diphtherieepidemien verunsichern immer wieder viele Touristen und Geschäftsleute. Tatsächlich gibt es wenig Grund zu Beunruhigung, auch wenn Cholera- und Diphtheriefälle in der benachbarten Südukraine bekannt geworden sind. Auf der Krim gab es 1995 kein Cholera- und nur einige Diphtherieerkrankungen. Ein Grund für diese positive Entwicklung ist die ausreichende Wasserversorgung im letzten Jahr, 1994 hatte es noch infolge der zu dieser Zeit äußerst angespannten Wassersituation Probleme mit Cholera gegeben. Die schlechte Wohnsituation vieler Krimtataren könnte allerdings auch kurzfristig die Zahl der schweren Erkrankungen wieder steigen lassen.
8. Der Abzug oder die Verkleinerung der Schwarzmeerflotte hat in vielen Städten der Krim zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt, insbesondere im Nordwesten der Halbinsel. Die Flotte war hier oft der einzige größere Arbeitgeber. Der schnelle Abzug führte zu Massenentlassungen und zu Problemen bei der Finanzierung der städtischen Budgets. Nach Angaben der Krimregierung sind mittelfristig bis zu 80.000 Menschen von dieser Entwicklung betroffen. Um den Zusammenbruch der

lokalen Infrastruktur zu verhindern, hat die Krimregierung den am schwersten betroffenen Städten finanzielle Hilfe zugesagt.

Auch in Sevastopol ist die Schwarzmeerflotte nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der teilweise Abzug der Flotte führte bereits zu vielen Entlassungen.

9. Ein Sonderproblem sind die Zahlungsrückstände der Schwarzmeerflotte gegenüber der Stadtregierung Sevastopols für Energie, Wasser und die Nutzung von Liegenschaften. Diese Rückstände betragen Anfang 1996 etwa 5 Mio USD. Das Stadtbudget wird dadurch schwer belastet. Die Stadtregierung hat daher die Energielieferungen an die Flotte zeitweilig unterbrochen und die ukrainische Regierung um Hilfe gebeten. Im Januar diesen Jahres wurde zwischen der Ukraine und Rußland ein Protokoll unterzeichnet, wonach die Ukraine die erwähnten Zahlungsrückstände der Flotte übernimmt. Der entsprechende Betrag soll auf die Gesamtverbindlichkeiten der Ukraine gegenüber Rußland angerechnet werden.

e) Der Verlauf der Privatisierung

Die Privatisierung, ein Schlüsselement der Wirtschaftsreformen, kommt auf der Krim - auch im Vergleich zu anderen ukrainischen Regionen - nur sehr langsam voran. Dies gilt sowohl für die große als auch für die kleine Privatisierung. Angaben des Staatlichen Vermögensfonds der Ukraine zufolge wurde 1995 in den ersten zehn Monaten kein einziges kleines Unternehmen und nur zwei große Unternehmen privatisiert. In den letzten beiden Monaten wurden dann Fortschritte erzielt, so daß sich für 1995 insgesamt ein besseres Bild ergibt: es wurden 96 kleine und mittlere Unternehmen (geplant waren 628) sowie 4 Großbetriebe (geplant: 92) privatisiert. Dazu wurden mehrere Auktionen durchgeführt. Die öffentlichen Versteigerungen von Kleinbetrieben erfolgte gegen Bargeld, nicht gegen Voucher.

Für den langsamen Verlauf der Privatisierung auf der Krim gibt es mehrere Gründe. Zu berücksichtigen ist zunächst, daß die Privatisierung auf der Krim von grundsätzlichen Entscheidungen in Kiew abhängt. In der Ukraine wurde mit den Wirtschaftsreformen, darunter auch mit der Privatisierung, erst im Oktober 1994 nach dem Amtsantritt von Präsident Kučma begonnen. Seither gab es ständig politische Auseinandersetzungen mit dem Parlament, das den Reformen im allgemeinen und der Privatisierung im besonderen skeptisch gegenübersteht. So entschied das ukrainische Parlament im vergangenen November, Schlüsselindustrien von der Privatisierung auszunehmen

und die bereits angelaufene Privatisierung der Erdgas- und Erdölindustrie zurückzunehmen.¹⁷ Dies hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die entsprechenden Projekte auf der Krim.

Weiterhin galt auf der Krim (nicht für Sevastopol) bis Mitte vergangenen Jahres ein Privatisierungsmoratorium, welches vom Krimparlament erst Ende Juli 1995 aufgehoben wurde. Nach Aufhebung des Moratoriums kam es zu organisatorischen Veränderungen bei den staatlichen Privatisierungsorganen, deren Abschluß mehrere Monate benötigte. Bisher gab es auf der Krim zwei miteinander rivalisierende Organe - die Regionalstellen des ukrainischen Staatlichen Eigentumsfonds sowie den Staatlichen Eigentumsfonds der Krim -, die sich gegenseitig blockierten. Per Dekret entschied Präsident Kučma im August vergangenen Jahres, daß beide Organe in einen einheitlichen "Eigentumsfonds der Autonomen Republik Krim" überführt werden sollten.¹⁸

Die Privatisierung wird weiter durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse behindert. Dies gilt neben einigen Betrieben insbesondere für die Hotels und Sanatorien. Anfang 1996 beanspruchte die ukrainische Regierung etwa 200 Hotels und Sanatorien. Gleichzeitig stellten die anderen GUS-Republiken Forderungen. Daneben erheben Betriebe und Gewerkschaften aus den anderen GUS-Staaten Ansprüche auf Objekte. Langwierige Verhandlungen zwischen der ukrainischen Regierung und der Krimregierung führten bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis.

Die Möglichkeiten für private Investoren, Land zu erwerben, sind begrenzt. Zwar ermöglicht ein Dekret von Präsident Kučma vom vergangenen Jahr den Erwerb von Land durch Privatpersonen, dies gilt jedoch nicht für die Landwirtschaft. Bei der Umsetzung dieses Dekretes gibt es zudem erhebliche Probleme, weil Politiker und Behörden vor Ort den Verkauf von Grund und Boden kategorisch ablehnen.

Die Ende Juni dieses Jahres verabschiedete ukrainische Verfassung sieht einem Zeitungsbericht zufolge das Recht auf Privateigentum auch an Grund und Boden vor. Allerdings bleibt abzuwarten, wie diese Bestimmung in der Praxis umgesetzt wird.¹⁹

Als Alternative bietet sich eine längerfristige Pacht an, die erlaubt ist. Jedoch ist der Pachtzins in vielen Fällen sehr hoch, und für private Investoren wird diese Alternative daher uninteressant.

¹⁷ Vgl. Handelsblatt vom 10.01.1996.

¹⁸ Leiter des neuen Eigentumsfonds ist Aleksandr Golovizin, Telefon und Fax: 0038 0652 25 52 42.

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.06.1996.

Bei den Großbetrieben ist zudem ein erheblicher Widerstand gegen die Privatisierung von Seiten der Belegschaft und der Direktoren festzustellen. Sie befürchten Fremdbestimmung und Massenentlassungen in ihren Betrieben. Diese Haltung wird ebenfalls vielfach von örtlichen Politikern gestützt. Der Bürgermeister von Džankoe hat z.B. öffentlich erklärt, er würde die Privatisierung in seiner Stadt nicht dulden.

Wenig Fortschritte gab es bislang auch bei der Voucherprivatisierung auf der Krim. Ende Januar 1995 hatten zwar etwa 39% der Krimbewohner ihr Zertifikat erhalten (in der gesamten Ukraine 40%), aber nur 2% (in der Ukraine 20%) ihre Voucher tatsächlich investiert. Gründe hierfür sind unzureichende Informationen, der generelle Zweifel am Sinn der Privatisierung sowie die geringe Zahl von Unternehmen, deren Aktien bisher durch Voucher erworben werden konnten. Die Voucherprivatisierung wird durch das "Regionalzentrum für Zertifikatauktionen der Republik Krim" durchgeführt.²⁰

In Sevastopol ist die Privatisierung hingegen wesentlich zügiger vorangehen als auf der Krim insgesamt. Die Stadt zählte im vergangenen Jahr zu den fünf Regionen der Ukraine, die die Privatisierung am schnellsten vorangetrieben haben. So wurden 95 Klein- und Mittelbetriebe (Plan: 118) sowie 22 Großunternehmen (Plan: 35) in Privateigentum überführt. Entscheidend dafür war, daß das Privatisierungsmoratorium der Krim für Sevastopol nicht galt. Zudem fehlte in der Stadt das Gegeneinander zweier Privatisierungsorgane. Für die Privatisierung war von Anfang an der Staatliche Eigentumsfonds der Ukraine zuständig.

Westliche Privatisierungsberatung auf der Krim wird bisher vor allem durch USAID finanziert. Price Waterhouse wirkte beim Aufbau des Regionalzentrums für Zertifikatauktionen mit und führte Ende 1995 ein Privatisierungsseminar in Simferopol durch.

f) Die Experimentelle Wirtschaftszone SIVAŠ

Im Ausland ist SIVAŠ das bekannteste Projekt einer Wirtschaftssonderzone auf der Krim. Die Zone liegt im Norden der Krim, sie besteht aus den Städten Krasnoperekopsk und Armjansk sowie der Region Krasnoperekopsk. SIVAŠ ist die geographische Bezeichnung einer Bucht am Asowschen Meer im Norden der Krim.

²⁰ Leiter ist Anatolij Čursin Tel.: 0038 0652 26 16 72, 26 08 78, Fax: 26 16 78.

Angeregt wurde die Schaffung einer Experimentellen Wirtschaftszone durch den Bürgermeister von Krasnoperekopsk, Sergej Kunicyn. Er sah in diesem Projekt die einzige Möglichkeit, den sofortigen Zusammenbruch der chemischen Fabriken, den wichtigsten Arbeitgeber in dieser Region, zu verhindern.

Das Projektmanagement der Wirtschaftszone liegt bei der sog. SIVAŠ-Administration.²¹ Die SIVAŠ-Administration beabsichtigt, Vertretungen in Kiew und Moskau zu eröffnen, um die Sonderzone Partnern in diesen Ländern vorzustellen. Die Rechtskonstruktion einer Experimentellen Wirtschaftszone wurde gewählt, um Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren zu vermeiden. Nach ukrainischer Rechtslage muß eine Freie Wirtschaftszone vom Parlament gebilligt werden, das diesem wirtschaftspolitischen Instrumentarium bekanntermaßen skeptisch gegenüber steht. Eine Experimentelle Wirtschaftszone hingegen kann durch den ukrainischen Präsidenten in Kraft gesetzt werden. Günstig für SIVAŠ waren daher die engen politischen Kontakte Kunicyns zu Präsident Kučma. Nicht zuletzt deshalb dürfte SIVAŠ vor anderen Projekten auf der Krim in Gang gesetzt worden sein.

Zwei Dekrete von Präsident Kučma von 1995 regeln die Bedingungen für die Experimentelle Wirtschaftszone. Das erste Dekret vom 30. Juni 1995 genehmigt generell die Schaffung der Experimentalzone SIVAŠ innerhalb von fünf Jahren sowie die Gründung einer Projektadministration mit Kunicyn an der Spitze.

Das zweite Dekret vom 17. November 1995 regelt nähere Einzelheiten der Steuer- und Zollvergünstigungen. Danach erhalten nicht alle Unternehmen auf dem Territorium von SIVAŠ diese Vergünstigungen, sondern nur die sog. "Zonensubjekte". Diese werden von der SIVAŠ-Administration registriert und erhalten die folgenden Privilegien:

1. Sie erhalten einen 50%igen Nachlaß auf die Gewinnsteuer und sonstige Steuern.
2. Sie zahlen weder Zoll noch Akzisen für eingeführte Ausrüstung und Dienstleistungen.
3. Ihre Exporte unterliegen weder Quoten noch sind Lizenzen notwendig.
4. Bei Investitionen in ausländischer Währung entfällt der Zwangsverkauf von Devisen an die Ukrainische Nationalbank.

²¹ Leiter dieser Administration ist Kunicyn selbst, sein Stellvertreter ist Vladimir Sigalov, Tel.: 0038 06565 21602, Telefon und Fax: 06565 21848, 21891.

Das ukrainische Ministerkabinett sollte in einem weiteren Dekret nähere Einzelheiten über Steuerprivilegien, Währungsvorschriften, Privatisierung und Budgetfragen regeln. Bisher scheint dies nicht geschehen zu sein.

Das Territorium der Experimentalzone SIVAŠ ist 141.000 ha groß. Es leben dort 95.000 Menschen. Die Stadt Krasnoperekopsk mit 33.000 Einwohnern ist das administrative Zentrum der Region. Armjansk, 20 km nördlich von Krasnoperekopsk, wurde bis 1993 von Krasnoperekopsk verwaltet. Die Stadt ist nun unabhängig. Dort leben 27.000 Menschen. Über 60% der Bevölkerung von SIVAŠ sind Russen, fast 40% Ukrainer. Etwa 1.000 Krimtataren siedeln in der Zone.

Krasnoperekopsk liegt etwa 120 km von Simferopol entfernt, mit dem es durch eine eingleisige Eisenbahnverbindung mit Haltestellen in Krasnoperekopsk und Armjansk verbunden ist. Der nächst erreichbare Flughafen ist Simferopol, der nächst größere Hafen befindet sich in Sevastopol. Die chemische Industrie mit Betrieben wie Titan, der Sodafabrik Krim, der Perekopsker Bromium Fabrik sowie der SIVAŠ Fabrik für Anilin-Farben ist der größte Arbeitgeber in dieser Region. Bedeutend sind zudem einige größere Fischzuchtbetriebe mit einer Produktionskapazität von 7.000 t Fisch pro Monat.

SIVAŠ hat, ähnlich wie andere ukrainische Industrieregionen, mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Viele Abnehmer und Lieferanten der Chemieunternehmen befanden sich in den anderen Republiken der Sowjetunion, die jetzt unabhängig sind. Exporte in diese Staaten und Vorleistungen aus diesen Ländern unterliegen jetzt den Außenhandelsbestimmungen und sind z. T. zollpflichtig. Beklagt wird vor allem auch, daß die ukrainischen Unternehmen jetzt für russisches Gas einen höheren Preis als ihre russischen Konkurrenten zahlen müssen und daher auf dem russischen Markt oft nicht mehr wettbewerbsfähig seien.

Gerade die Chemische Industrie leidet in der SIVAŠ Region wie in den anderen ukrainischen Gebieten unter den häufigen Stromabschaltungen. Demgegenüber scheint die Versorgung mit Wärme (heißes Wasser und Heizung) Ende 1995 besser gewesen zu sein als in Simferopol. Importierte Konsumgüter waren in dieser Zeit in den Geschäften verfügbar, wobei die Auswahl allerdings wesentlich begrenzter als in Simferopol oder Jalta war. Hotelkapazitäten sind knapp in der Region, es gab im letzten Jahr lediglich ein größeres Hotel in Krasnoperekopsk.

Die Konzeption von SIVAŠ wird in Kiew und auf der Krim kontrovers diskutiert und läßt zahlreiche Fragen offen. So steht das ukrainische Parlament Wirtschaftssonderzonen weiterhin skeptisch gegenüber, u.a. mit der Begründung, die zu erwartenden Steuerausfälle in der Anfangsperiode bela-

steten das ohnehin schon angespannte ukrainische Budget zu stark. Politiker von Regierung und Parlament der Krim sehen zudem in der Art und Weise, wie SIVAŠ in Gang gesetzt wurde - durch Erlass des ukrainischen Präsidenten - einen Eingriff in die Autonomierechte der Krim. Sie reklamieren das Recht für solche wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Krim für sich. U. a. sieht der Bürgermeister von Kerč, der für seine Stadt ebenfalls eine Freie Wirtschaftszone gemeinsam mit russischen Grenzgebieten einrichten möchte, sein Projekt durch SIVAŠ blockiert.

Ausländische Beobachter sehen dagegen die Wahl des Standortes für die Experimentelle Wirtschaftszone im Norden der Krim eher skeptisch. Ihrer Ansicht nach würde ein solches Projekt im Süden der Krim mit seinen vielen Hotels und Sanatorien mehr Sinn machen.

Eine entscheidende Frage für die Realisierung des Projektes ist, wer die in der Anfangsphase zu erwartenden beträchtlichen Steuerausfälle zu tragen hat, das Budget der Krim oder der Haushalt der Ukraine. Die ukrainische Regierung hat der Krimregierung Kompensation zugesagt, Politiker der Krim vertrauen diesen Zusagen jedoch nicht. Definitive Entscheidungen über die Steuerpolitik kann ohnehin nur das ukrainische Parlament treffen. Fraglich ist, ob es zu entsprechenden Beschlüssen in Bezug auf SIVAŠ bereit ist. Ohne einen solchen Beschluß bliebe das gesamte Problem ungelöst.

Bisher ist auch nicht geklärt, nach welchen Verfahren die "Zonensubjekte" von SIVAŠ bestimmt werden sollen. Bei einem komplizierten Verfahren würde der Korruption Tür und Tor geöffnet, was westlichen Investoren ein Engagement sicher nicht erleichtert.

Schließlich ist der Erfolg des gesamten Projektes mit Fortschritten bei der großen Privatisierung verbunden. Potentielle westliche Investoren, die bereits mehrere chemische Großbetriebe besuchten, erklärten, Joint ventures mit Staatsbetrieben kämen nicht in Frage. Einige Direktoren der Großbetriebe sind jedoch nicht an Privatisierung interessiert und außerdem vom Erfolg von SIVAŠ nicht überzeugt.

g) Das Steuerexperiment in Sudak und Bachčisaraj

Ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Experten der Ukraine und der Krim ist das Steuerexperiment in Sudak und Bachčisaraj. Rechtsgrundlage ist ein Beschluß des Parlaments der Krim vom 21. Dezember 1995 "Über das Wirtschaftsexperiment bei der Steuererhebung von Körperschaften". Experten aus Kiew halfen bei der Konzeption des Experiments

mit. Auch Unternehmen aus Simferopol und Sevastopol nehmen an diesem Experiment teil.

Dabei soll es unterschiedliche Stufen geben, über deren Ausgestaltung nach Verlauf des Experiments entschieden wird. In der ersten Stufe haben Körperschaften 50% ihres Gewinnes als einzige Steuer zu zahlen, die anderen 50% verbleiben dem Unternehmen.

Im Vergleich zu der bisherigen Situation mit einer Vielzahl von Steuern bedeutet dies für die Unternehmen eine wesentliche Erleichterung und würde die bisher wenig ausgebaut und kaum effizient arbeitende Steuerverwaltung entlasten.

Ein positiver Ausgang des Experiments könnte Signalcharakter für die gesamte Krim haben.

h) Internationale Hilfsprojekte

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl internationaler Hilfsprojekte für die Krim.²²

Erwähnenswert sind vor allem UNDP mit einem Projekt für ethnisch gemischte Siedlungen (im Februar diesen Jahres standen 600.000 USD zur Verfügung) sowie die Absicht der türkischen Regierung, 1.000 Wohnungen für die Tataren zu bauen.

Aktivitäten entwickelt auch, wie bereits erwähnt, USAID (Unterstützung der Privatisierung) sowie der britischen Know-how-Fund (er will u.a. eine Regionalstudie über die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und eine Feasibility-Studie über den Bau eines Touristikzentrums in Sevastopol finanzieren). Die niederländische Regierung beabsichtigt die Finanzierung einer Bibliothek für die Krimtataren.

Die Bundesregierung finanzierte bisher ein Projekt zur Entwicklung des Tourismus in Kerč, das über die Deutsche Ausgleichsbank abgewickelt wurde. Auf kommunaler Ebene gibt es eine Städtepartnerschaft zwischen Simferopol und Heidelberg sowie eine Schulpartnerschaft zwischen dem Gymnasium Nr. 1 in Simferopol und der Werner-Heisenberg-Schule in Leverkusen.

Auch die internationalen Organisationen sind auf der Krim tätig. So finanziert TACIS u.a. Seminare über Menschenrechts- und Demokratiefragen, die EBRD wickelt über einige Banken, die auch Filialen auf der Krim haben, ihr Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen ab.

²² Vgl. UNDP (1995).

i) Einzelne Unternehmen und Projektvorschläge

Das Staatskomitee für Außenwirtschaftsbeziehungen der Krim sowie die Industrie- und Handelskammer der Krim haben eine Reihe von Projektvorschlägen erstellt, die vor allem für ausländische Investoren bestimmt sind.²³ Im folgenden werden einige dieser Projekte vorgestellt.²⁴

1. **Metallurgisches Kombinat Kerč.** Geplant ist der Ausbau der Kapazitäten zur Herstellung von Eisenluken, Emaillegeschirr sowie Geräten zur Wasserreinigung. Kosten: 325.000 USD, der ausländische Partner kann bis zu 60% übernehmen. (Tel.: 0038 06561 4 73 01, Fax: 22283)
2. **Schiffabrik "Fregatte" in Kerč.** Geplant ist die Erweiterung der Herstellung von Fischerei-, Touristen-, Sport- sowie Spezialschiffen. Investitionskosten: 1,2 Mio USD, davon kann der ausländische Partner bis zu 70% übernehmen. (Tel.: 0038 06561 5 38 30, Fax: 5 43 05)
3. **Offene Aktiengesellschaft "Zaliv" in Kerč.** Sie möchte ihre Kapazitäten beim Bau von Schiffgeräten wie Schiffkränen, metallischen Schiffmöbeln sowie Ventilationsdeckeln erweitern. Der Betrieb stellte bisher Kriegsschiffe her und möchte seine Produktion auf zivile Güter umstellen. Geplant ist ein Investitionsvolumen von 1,3 Mio USD. (Tel.: 0038 06561 33 055, 33 066)
4. **Bromfabrik in Krasnoperekopsk.** Sie möchte ihre Kapazitäten zur Herstellung von Brom und Bromeisen erweitern. Die Investitionskosten werden mit 12 Mio USD beziffert, davon soll der ausländische Partner 4,9 Mio USD übernehmen. Die Fabrik wurde 1932 gegründet und gehört zu den ältesten Unternehmen in der Ukraine sowie auf der Krim. Neben organischen Bromverbindungen werden Magnesiumprodukte und anorganische Halogenide hergestellt. (Tel.: 0038 06565 2 16 15, Fax: 2 14 03)
5. **Sodafabrik in Krasnoperekopsk.** Geplant ist die Herstellung von 60 t kristallinem Karotins im Jahr. Die Investitionskosten werden mit etwa 20 Mio USD angegeben. Das Unternehmen ist der größte Hersteller von Soda in der Ukraine. Hergestellt werden Kalziumsoda, Phosphate, Waschmittel, Kalk und Shampoos. 1993 erhielt das Unternehmen einen Preis in einem internationalen Wettbewerb für die Sodaherstellung. (Tel.: 0038 06565 280 10, 237 45, Fax: 237 36)

²³ Nähere Information sind bei Zarema Čelebieva, Mitarbeiterin dieses Komitees (Tel.: 0038 0652 292 685, Fax: 27 05 86) erhältlich.

²⁴ Vgl. Staatskomitee Krim (1995).

6. **Produktionsvereinigung "Titan" in Armjansk** nördlich von Krasnoperekopsk. Sie ist das größte Chemieunternehmen der SIVAŠ-Region mit 4.500 Beschäftigten. Sie stellt Titaniumoxyde, Ammoniumdünger, Schwefelsäure und Farben aus rotem Pigment her. "Titan" gehörte zu den wichtigsten Chemiebetrieben in der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Produkte werden nach Rußland, Spanien und Iran exportiert. Ein Teil der Rohstoffe kommt aus Kanada. "Titan" sucht einen Kredit zur Rekonstruktion zweier Produktionsstätten in Höhe von 4,1 Mio USD. (Tel.: 0038 06565 21572, 31260, Fax: 21326)
7. **Produktionsvereinigung "Albatros" in Kerč.** Sie baut Geräte wie Computer, Radios und Recorder und will von der militärischen in die zivile Produktion umsteigen. Hierfür wird ein Partner für ein Joint venture gesucht. Bereits jetzt gibt es eine Kooperation mit der ägyptischen Firma "Gold Star" zur Herstellung von Kassettenrecordern. "Gold Star" liefert die Teile, Albatros setzt sie zusammen. Geplant ist, einige Teile bei "Albatros" selbst herzustellen.
8. **Wissenschaftliche Produktionsvereinigung "Orgtechavtomatizacija", Simferopol.** Sie stellt Apparaturen für Flüssiggasmotoren her und sucht einen ausländischen Investor. Der Kaufpreis dieses Unternehmens soll 4,175 Mio USD betragen, der ausländische Partner kann 50% übernehmen. (Tel.: 0038 0652 27 88 09, 27 57 58, Fax: 27 57 58)
9. **Staatliches geologisches Unternehmen "Krymgeologija" beim Staatlichen Komitee für Geologie der Ukraine, Simferopol.** Es möchte eine Fabrik zur Abfüllung von Mineralwasser neu ausrüsten. Die Investitionskosten werden mit 8 Mio USD beziffert, gesucht wird ein ausländischer Partner für ein Joint venture. (Tel.: 0038 0652 23 21 61, Fax: 23 39 72)
10. **Konservenfabrik "1. Mai", Simferopol.** Sie möchte eine Fabrik zur Ausweitung der Produktion von Kindernahrung gründen. Die Investitionskosten werden mit 2,4 Mio USD angegeben. (Tel.: 0038 0652 44 36 62, Fax: 44 48 76)
11. **Weinfabrik in Bachčisaraj.** Sie möchte ihre Produktionsanlagen erneuern, die Kosten betragen 2 Mio USD. (Tel.: 0038 06554 4 26 71, 4 08 64)
12. **Produktionsvereinigung der Fleischindustrie der Krim, Simferopol.** Sie beabsichtigt den Bau einer Produktionsstätte zur Verarbeitung von Lammfell. Kosten: 1,6 Mio USD, davon kann der Investor 1,3 Mio USD übernehmen. (Tel.: 0038 0652 27 52 60, 25 02 64)
13. **Makkaronifabrik in Simferopol.** Sie plant die Umrüstung und Ausweitung der Teigwarenproduktion mit Hilfe ausländischer Investoren. Kosten: 5,7 Mio USD. (Tel.: 0038 0652 22 39 97)

14. **Geflügelfabrik "Južnaja", Simferopol'skij Rajon, Dorf Perovo.** Sie schlägt folgende Projekte vor: Bau einer Anlage zur Verwertung von Vogelmist zu Biogas, Kosten: 1,5 Mio USD; Bau einer Tränkanlage für Geflügel, Kosten: 1,9 Mio USD; Bau einer Produktionsstätte zur Herstellung von Eipulver, Kosten: 700.000 USD. (Tel.: 0038 0652 44 26 63, 44 37 59)
15. **Kollektives landwirtschaftliches Unternehmen "Völkerfreundschaft", Krasnogvardejskij Rajon, Dorf Petrovka.** Geplant ist der Erwerb von Infrarotgeräten für das Ausbrüten von 132 Küken, Kosten: 920.000 USD. (Tel.: 0038 06556 95 144, 95 844)
16. **Näherei "Osten", Simferopol.** Sie möchte ihre Produktionskapazitäten umrüsten und erweitern. Kosten: 70.000 USD. (Tel.: 0038 0652 27 57 04)
17. **Pachtfabrik zur Herstellung von Kopfbedeckung in Jalta,** sie möchte ein Joint venture gründen. (Tel.: 0038 0654 32 63 53, 32 97 59)
18. **Unternehmen "Medtechnika", Simferopol.** Geplant ist der Bau einer Anlage zur Produktion, Montage und Reparatur von medizinischem Gerät. Kosten: 1,8 Mio USD, davon kann der ausländische Partner einen Anteil von 750.000 USD übernehmen. (Tel.: 0038 0652 27 10 68, Fax: 25 81 72)
19. **Produktionsvereinigung der Krim "Pharmaceja", Simferopol.** Sie möchte ihre Kapazitäten zur Herstellung von medizinischen Präparaten ausbauen. Kosten: 1 Mio USD. (Tel.: 0038 0652 27 63 41, Telex und Fax: 27 24 58)
20. **Aktiengesellschaft geschlossenen Typs "Tavrida", ein ukrainisch-kanadisches Joint venture in Jalta.** Geplant ist der Bau eines 4-Sterne-Hotels mit 261 Zimmern. Investitionskosten: 30 Mio USD, davon soll der ausländische Partner 50% übernehmen. (Tel.: 0038 0654 32 10 73, Fax: 32 18 63)
21. **"Hotel Ukraine", ein ukrainisch-türkisches Joint venture in Jalta.** Geplant ist der Bau eines 4-Sterne-Hotels mit 96 Zimmern. Die Investitionskosten belaufen sich auf 10 Mio USD, der mögliche Anteil ausländischer Investoren beträgt 50%. (Tel.: 0038 0654 32 10 73, Fax: 32 18 63)

In Sevastopol sind u.a. folgende Firmen tätig:

1. **Produktionsvereinigung "Majak".** Sie stellt Alarmanlagen, elektrotechnische Artikel für Industrie und Schiffe, elektronische Instrumente, elektronische Thermoregulatoren sowie Leuchten her.
2. **Die Fabrik "Spektr"** produziert verschiedene Glasuren und Farben.

3. **Die Schiffabrik "S. Ordžonikidze"** repariert und baut Schiffe, stellt Maschinen und Konsumgüter her. Sie verfügt über eine eigene Schmiede und Gießerei.
4. **Die Fabrik "Musson"** liefert u.a. Fernseh- und Radiogeräte.
5. **Der Weinhersteller "Zolotaja Balka"** produziert verschiedene Sorten von Weinen, Champagner und Traubensäften.

Einzelheiten zu den Projekten können beim "Department für Außenwirtschaftsbeziehungen" erfragt werden.²⁵

3. Ausblick

Die mittelfristigen wirtschaftlichen Perspektiven der Krim erscheinen nicht ungünstig, sofern es gelingt, die genannten Probleme zu lösen.

An erster Stelle steht die Schaffung stabiler politischer Verhältnisse. Hier geht es vor allem um die neue Verfassung der Krim und den Status der Krim im Verbund mit der Ukraine. Als weiteres wichtiges Problem stellt sich die Regelung des weiteren Zuzugs von Krimtataren dar. Entscheidend für einen Kompromiß bei der Verfassung ist die Frage, wieviel Autonomie die Ukraine der Krim tatsächlich zugestehen wird. Eine weitgehende Autonomie der Krim ist nach Äußerungen von Politikern in Kiew bei der Wirtschafts- und Kulturpolitik denkbar. In einigen anderen Bereichen scheint dies nicht möglich zu sein. Schwieriger ist offensichtlich das Problem des Zuzugs der Krimtataren zu lösen. Hier scheint eine zeitliche Streckung der Einwanderung auch unter Anwendung von Quoten angestrebt zu werden. Dabei wäre die politische Unterstützung der Medžillis auf der Krim sowie von tatarischen Politikern in Zentralasien hilfreich. Da die ukrainischen Mittel für die Finanzierung der Ansiedlung stark begrenzt sind, ist eine Unterstützung durch westliche Staaten bei der Integration der Tataren unverzichtbar, wenn die Stabilität in dieser Region erhalten bleiben soll. Auch eine stärkere Unterstützung des erwähnten UNDP-Programmes für ethnisch gemischte Siedlungen durch westliche Geberländer würde helfen, die Spannungen der Nationalitäten auf der Krim zu verringern. Rußland kommt als Rechtsnachfolger der Sowjetunion bei diesem Problem ebenfalls eine Verantwortung zu. Nicht ohne Einfluß auf das politische Gleichgewicht auf der Krim ist daher auch der Ausgang der Präsidentenwahlen in Rußland und die weitere Haltung der russischen Regierung in bezug auf die territoriale Integrität der Ukraine.

²⁵ Der Leiter ist, wie bereits erwähnt, Michail Jurlov (Tel.: 0038 0692 52 25 88, 52 47 99; Fax: 52 20 53; Telex: 197311 PTB SU).

Einen weiteren Faktor stellt die Türkei und ihr Verhältnis zu den Krimtataren dar, der wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen wird. Für das innenpolitische Gleichgewicht auf der Krim wäre daher eine stabile Regierung, die diese Einflüsse kanalisieren und einen Interessenausgleich auf der Krim herbeiführen kann, ein entscheidender Fortschritt.

Wesentliche Bedeutung für die Stabilität in dieser Region kommt der wirtschaftlichen Entwicklung zu. Sollte diese auf der Krim dauerhaft schlechter als im benachbarten Rußland sein, werden viele Menschen die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine wieder in Frage stellen. Ohne stabile politische Rahmenbedingungen ist aber ein dauerhafter wirtschaftlicher Aufschwung nicht zu erwarten.

Als Bestandteil der Ukraine ist die Krim von den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Kiew, insbesondere dem Fortgang der Privatisierung, Liberalisierung und Stabilisierung auf nationaler Ebene, abhängig. Sollte die Krimregierung die von Politikern der Ukraine zugesagten weitgehenden Kompetenzen in der Wirtschaftspolitik tatsächlich erhalten, könnte sie selbständig Maßnahmen ergreifen, um durch günstige Steuer- und Zollsätze die Attraktivität der Halbinsel für westliche Investoren zu steigern. Schon jetzt wäre eine stärkere politische Unterstützung der Privatisierung durch die Krimregierung möglich, als dies bisher der Fall war. Westliche Regierungen könnten dem Eigentumsfonds der Krim hier in verstärktem Maße durch qualifizierte Beratung helfen.

Quellen

- Bagrov, Nikolaj (1995): Krym, Vremja nadežd i trevog, (Erscheinungsort und -jahr nicht angegeben, der Titel soll 1995 in Israel erschienen sein.).
- Čelebieva, Zarema (1996): Vnešneekonomičeskaja dejatel'nost': Kurs na integraciju, in: Krymskaja Gazeta vom 23.01.1996, S. 1.
- Deutsche Bank Research (1995): Osteuropa auf Reformkurs, Heft 14: Ukraine, S. 18.
- Drzymalla, Jürgen (1995): Crimea: Economic Overview, in: Welcome, Ukrainian Investment Magazine, Nr. 9/1995, S. 2-7.
- Götz, Roland, Uwe Halbach (1993): Politisches Lexikon GUS, 2. Auflage, München 1993, S. 250-283, hier S. 269 f.).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.04.1996, Artikel: Verfassung für die Krim verabschiedet, S. 1.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.05.1996, Artikel: Eine neue Verfassung für die Ukraine, S. 7.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.05.1996, Artikel: Sorgender Landesvater und zupackendes Staatsoberhaupt, Jelzin als Wahlkämpfer, S. 3.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.06.96, Artikel: Das ukrainische Parlament verabschiedet die Verfassung, "Auf dem Boden der Demokratie"/Präsidialsystem, Ein Kammer-Parlament, Autonomie für die Krim, S. 1.
- Handelsblatt vom 10.01.1996, Artikel: Ukraine, Erdgas- und Erdölindustrie betroffen, Kiew stoppt zwei Privatisierungen, S. 7.
- Handelsblatt vom 04.04.1996, Artikel: Ukraine, Verfassungsentwurf wirft Autonomie-Verhandlungen zurück - Die OSZE soll erneut vermitteln, Kiew hat Probleme mit dem Status der Krim, S. 9.
- Handelsblatt vom 02.07.96, Artikel: Ukraine/ Kutschma sichert sich großen Einfluß, Parlament will die Verfassung testen, S. 7.
- Intelnews vom 26.02.1996, Artikel: Foreign Investments Down in Crimea, S. 3.
- Krymskie Izvestija (1996), Artikel: Social'no-ekonomičeskoe položenie Kryma za 1995 god, Promyšlennost', Ausgabe Januar 1996, S. 1.
- Krymskie Izvestija vom 10.02.1996, Artikel: Social'no-ekonomičeskoe položenie Kryma za 1995 god, Vnešnjaja torgovlja, S. 1.
- Staatskomitee Krim (1995), Perečen' potencial'nych investicionnyh proektov Kryma (unveröffentlichte Liste des Staatskomitees für Außenwirtschaftliche Tätigkeit beim Ministerrat der Autonomen Republik Krim vom 01.12.1995).
- Švec, Sinica (1995), A. B. Švec, D. A. Sinica, Kto est' kto v Krymu? Spravočnik.
- Umbach, Frank, Heinz Timmermann (1994): Los von der Ukraine? Hintergründe und Brisanz des Krim-Konflikts 1994, in: Information für die Truppe (IFDT) Nr. 11 und 12/1994, S. 28-35.
- Umbach, Frank (1994): The Crimean Question, in: Jane's Intelligence Review Nr. 5/1994, S. 195-198.
- UNDP (1995), United Nations Development Programme: Development Cooperation, Ukraine, October 1995, S. 201 ff.
- The World Bank (1995): Ukraine: The Real Economy and Its Sectors, A Quarterly Statistical Abstract, Volume I, Issue No. 4, November 1995.
- Zwirn, Ed (1996): Constitution, Debate Looms, but Draft Remains Incomplete, in: Economic Review vom 15.01.1996, S. 15-17.

Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers)

- Nr. 179
Barbara DIETZ Rußlanddeutsche im Gebiet Nowosibirsk: Lebenssituation und Zukunftschancen. Ergebnisse einer Befragungsstudie im Gebiet Nowosibirsk im Sommer 1994, Juni 1995, 47 S.
- Nr. 180/181
Wolfgang QUAISSER, Richard WOODWARD, and Barbara BLASZCZYK (eds.), Privatization in Poland and East Germany: A Comparison, Volume I, 321 S.
- Nr. 182/183 Volume II, 271 S.
- Nr. 184
Wolfgang QUAISSER Ausländische Direktinvestitionen im polnischen Transformationsprozeß, Oktober 1995, 68 S.
- Nr. 185
Richard FRENSCH Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der wirtschaftlichen Restrukturierung Tschechiens und der Slowakei, Dezember 1995, 87 S.
- Nr. 186
Hermann CLEMENT Integrations- und Desintegrationstendenzen in Osteuropa und der GUS, Dezember 1995, 84 S.
- Nr. 187
Wolfgang QUAISSER Der Außenhandel Mittel- und Osteuropas im Lichte der Osterweiterung der Europäischen Union, Dezember 1995, 84 S.
- Nr. 188
Volkhart VINCENTZ Auswirkungen der wachsenden Arbeitsteilung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn auf Arbeitsmarkt, Investitionen und Güterströme, Dezember 1995, 156 S.
- Nr. 189
Hermann CLEMENT, Michael KNOGLER, Alexei SEKAREV, Die wirtschaftspolitische Lage der Ukraine. Schwerpunkt: Implementierung und erste Ergebnisse des Programms für eine "Radikale Wirtschaftsreform", November 1995, 131 S.
- Nr. 190
Manuela TROSCHE, Alexei SEKAREV, Hermann CLEMENT, unter Mitarbeit von Volkhart VINCENTZ, Überlegungen zur Verbesserung der Erfassung und Darstellung von Strukturveränderungen im Transformationsprozeß Rußlands und der Ukraine, März 1996, 54 S.
- Nr. 191
Günter HEDTKAMP Die Bedeutung der Infrastruktur in makroökonomischer Sicht, März 1996, 63 S.
- Nr. 192
Hermann CLEMENT, Richard FRENSCH, Walter GRUBER, Michael KNOGLER, Susanne LINDEMANN, Wolfgang QUAISSER, Richard K.H. SCHUEN und Alexei SEKAREV, Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa und ausgewählten Ländern der ehemaligen Sowjetunion, April 1996, 125 S.

Zu beziehen durch: Osteuropa-Institut München, 81679 München, Scheinerstr. 11, Tel.: (089) 99 83 960, Fax: (089) 98 10 110

Preise: DM 7,50 bis 50 Seiten zuzgl. Porto
DM 15,- über 50 Seiten zuzgl. Porto